

METALL

ZEITUNG DER IG METALL FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

FRANKFURT AM MAIN · 10. JAHRGANG · NR. 20

Das forderte der 5. Gewerkschaftstag

In mit eindrucksvoller Einmütigkeit gefaßten Entschlüssen brachten die Delegierten des 5. Gewerkschaftstages die gewerkschaftliche Auffassung zu wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen zum Ausdruck. In diesen Entschlüssen wird gefordert:

Aktive Lohn- und Gehaltspolitik zur Steigerung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt.

28 Tage Urlaub im Jahr, ausreichendes Urlaubsgeld.

Weitere Verkürzung der Arbeitszeit.

Tarifliche Sicherung der betrieblichen Sozialleistungen. Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall.

Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Jugendliche.

Verbesserter Jugendarbeitsschutz.

Verteidigung der Einheit der Gewerkschaften und ihrer Unabhängigkeit von Parteien, Staat, Regierungen und Konfessionen.

Konsequenter Kampf gegen alle neonazistischen und autoritären Tendenzen.

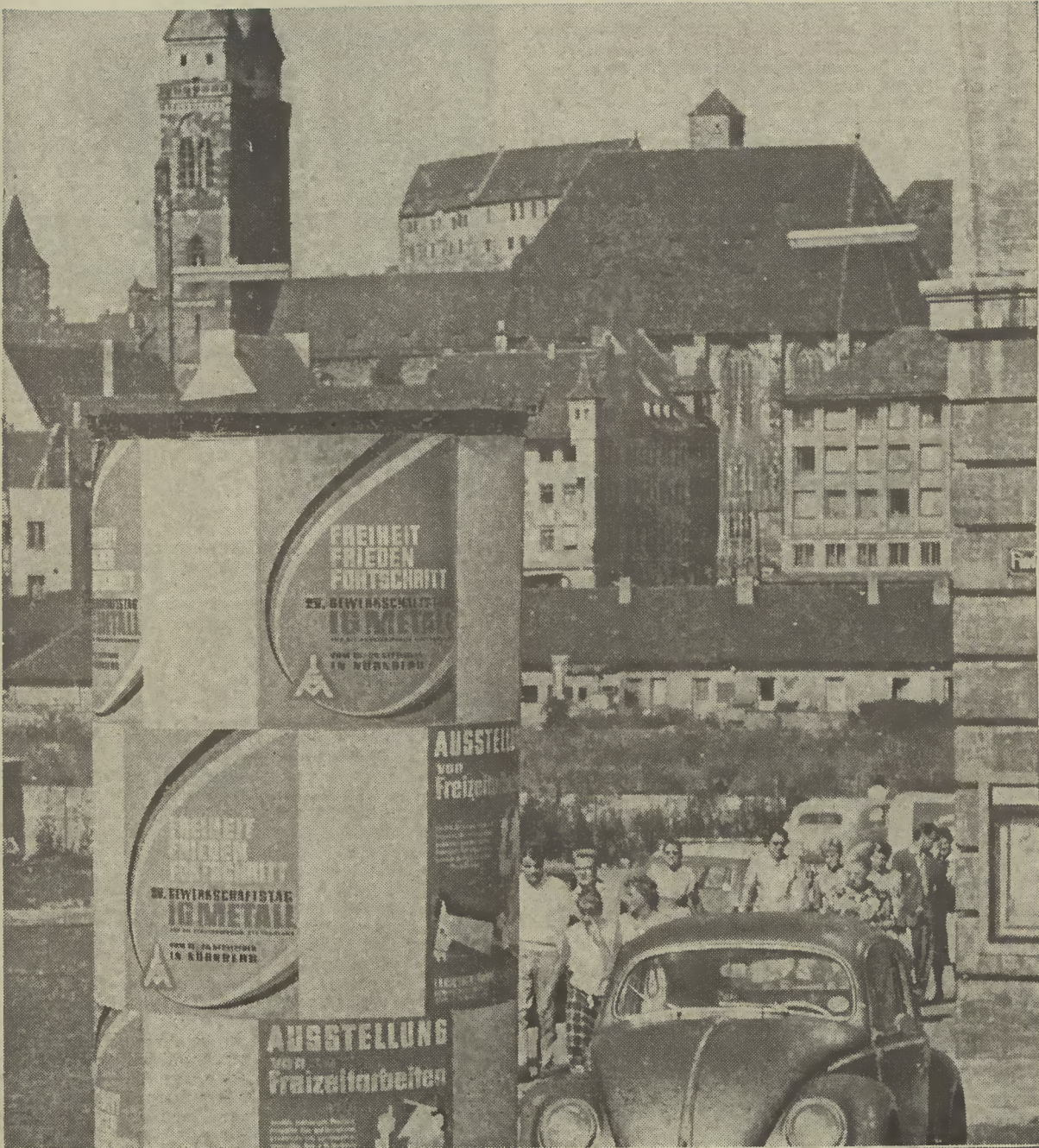
Offensive Abwehr aller Versuche des FDGB und anderer kommunistisch gelenkter Organisationen, die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

Verstärkter Widerstand gegen alle Privatisierungsbestrebungen.

Fortsetzung des Widerstandes gegen die atomare Aufrüstung und gegen die Remilitarisierung.

Fortschrittliche Reform der gesetzlichen Unfallversicherung.

Paritätische Mitbestimmung aller Arbeitnehmer des Handwerks in den Handwerkskammern.



Falsche Treue – falsche Ehre

Von Hans Becker

Kaum eine andere Feststellung in Otto Brenners Referat auf dem 5. Gewerkschaftstag in Nürnberg fand so großen Beifall wie der Satz: „Für Verbrecher dieser Couleur darf es keinen Platz an irgendeiner verantwortlichen Stelle in unserer demokratischen Gemeinschaft geben.“ Der Vorsitzende der IG Metall meinte damit jene, die im Dritten Reich eine Rolle spielten und die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik versuchen, sich wieder breitzumachen.

Wie weit es schon gekommen ist, das beweist die Tatsache, daß es sich die Organisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS erlauben kann, heute Parteien unserer Demokratie aufzufordern, sie möchten zu der Frage Stellung nehmen: „Wie stellt sich ihre Partei zu der Diffamierung deutscher Soldaten durch deutsche Menschen?“ Und was noch unbegreiflicher ist: Tatsächlich finden sich Parteivertreter bereit, darauf ehemaligen Waffen-SS-Männern Rede und Antwort zu stehen, anstatt die Organisation der Waffen-SS zu fragen, was sie zu der Diffamierung unserer Demokratie durch ehemalige Waffen-SS-Leute sagt.

So geschah es denn tatsächlich in Frankfurt, daß nur die SPD es ablehnte, an einer Diskussion über die genannte Frage teilzunehmen, wogegen die CDU, die FDP und die DP Vertreter entsandten. Keiner von ihnen sagte mit der nötigen und gebotenen Klarheit, daß die Fragestellung schief sei. Von einer Diffamierung deutscher Soldaten schlechthin kann keine Rede sein. Wovon sich der „deutsche Mensch“ sehr nachdrücklich absetzt, das sind die unanständigen und verbrecherischen Handlungen, die im Kriege von Uniformträgern begangen worden sind, ganz gleich, ob sie die Uniform der Wehrmacht oder die der Waffen-SS trugen.



Schäfers Vorübung am Fallbeil für die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Was die Waffen-SS betrifft, so weiß man, daß ein Teil ihrer Angehörigen nicht freiwillig zu dieser als Eliteformation aufgestellten Truppengattung gekommen ist. Man weiß aber ebenso genau, daß sich mit dem Namen der SS Namen wie Oradour und Lidice verbinden.

Es war bezeichnend, daß bei diesem Diskussionsabend in Frankfurt a. M. fast alle Sprecher und Diskussions Teilnehmer zugaben — nein, nicht zugaben, sondern „bekannten“ —, als Freiwillige zur Waffen-SS gekommen zu sein. In diesem Bekenntnis liegt das Eingeständnis, daß sie heute noch zu den Idealen dieser Waffen-SS stehen. Wie es ja auch kein Zufall ist, daß der Wahlspruch dieser schwarzen Landsknechte des Regimes der Schande nach wie vor lautet: „Meine Ehre heißt Treue.“ Die Treue also zu einem verbrecherischen Regime ist die Ehre dieser Leute!

Will man sich da wundern, daß die Mehrzahl derer, die in der Organisation der ehemaligen Waffen-SS sind, es nicht fertig bringt, sich mit der Vergangenheit wirklich auseinanderzusetzen? Sie wehren sich dagegen, „diffamiert“ zu werden, aber was sie tun, ist nichts anderes, als den Staat zu diffamieren, von dem sie erwarten, daß er ihre materiellen Wünsche erfüllt. An dem Abend in Frankfurt fiel, um nur ein Beispiel zu nennen, der bezeichnende Satz: „Wenn im Dritten Reich auch nur 50 Prozent gut gewesen sein sollte“ (andere meinten, es wäre viel mehr gewesen!), „dann war das immer noch 40 Prozent mehr als in dem heutigen Saftladen.“ Trotz des „Saftladens“ glaubt man jedoch, die Demokratie habe die „anständigen, sauberen und ehrlichen“ SS-Leute nötig. „Wenn

Adenauer und Gerstenmaier einmal in unserem Kreise wären, dann würden sie sagen: „Donnerwetter, jetzt haben wir doch einen ganz anderen Eindruck von der Waffen-SS.“

Einen anderen vielleicht, aber bestimmt keinen besseren! Jedenfalls dürfte dann nicht so etwas gesagt werden wie an jenem Abend in Frankfurt. Zum Beispiel: „Der Staat, der verlangt, daß der 20. Juli 1944“ (also der Aufstand gegen Hitler) „bejaht wird, verlangt die Bejahung eines Verrates.“ Oder: „Wie ist es möglich, wenn SPD und CDU im Parlament die Mehrheit haben, daß so „anständige und saubere Soldaten“ wie Schörner und Sepp Dietrich im Gefängnis sitzen?“

Es geht den ehemaligen Anhängern Hitlers offenbar nicht ein, daß heute die Rechtsprechung nicht mehr nach der Pfeife der Partei tanzt. Und schließlich: „Wenn man eine europäische Armee aufbauen will, dann muß man uns fragen, denn wir in der Waffen-SS sind die ersten echten Europäer gewesen!“ Bescheidenheit ist nicht gerade ihre starke Seite! „Echte“ Europäer, das waren sie wohl, bloß verstanden sie etwas anderes darunter. Für sie war Europa ein Exerzierfeld für die germanische Herrenrasse.

Noch mancherlei war an diesem Abend zu hören, das beweist, wie richtig es ist, der Organisation der ehemaligen Waffen-SS mit äußerstem Mißtrauen und mit gebotener Wachsamkeit zu begegnen. Es gibt einige, denen man anmerkt, daß sie den ehrlichen Willen haben, sich mit der Vergangenheit und mit den eigenen Fehlern auseinanderzusetzen. Aber gerade das ablehnende Echo, das ihre Diskussionsbeiträge fanden, zeigt, wie wenig echte Einsicht in der „Hag“ sich regt.

Das soziale Konzept der CDU

„Unsere Sozialpolitik befindet sich seit Jahr und Tag auf einer Gratwanderung. Sie braucht unser aller Zielklarheit und charaktvolle Beständigkeit, um mit den Gefahren fertig zu werden, die ihr aus steigenden Ansprüchen bei wahrscheinlich sinkender Leistungsbereitschaft erwachsen ... Ich sage noch einmal, was ich vor dem Parteitag in Hamburg letztes Jahr gesagt habe, daß wir in allem Wesentlichen die Grenzen des sozialen Rechtsstaates erreicht haben.“

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier auf dem CDU-Parteitag in Kiel.

Bei der Verabschiedung des Rentenneuordnungsgesetzes im zweiten Bundestag und nochmals in seiner Regierungserklärung vor dem dritten Bundestag, hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärt, mit dieser Rentenreform sei erst ein Stück einer umfassenden Sozialreform verwirklicht. Man konnte also auf den Kieler Parteitag der CDU gespannt sein, denn sie hat ja nach ihren Wahlsiegen die Möglichkeit, ihre sozialen Vorstellungen zu stabilisieren. Man konnte auch wohl mit Recht die Verkündung eines sozialen Reformprogramms erwarten. Doch die Entschlüsse dieses Parteitages enttäuschten. Dr. Eugen Gerstenmaiers oben zitierte Erklärungen besagen, daß man sich in der CDU im Sektor der Sozialpolitik am Ende eines Weges sieht, den man nur mit großen Bedenken und gezwungenenmaßen gegangen ist.

Die Entschließung der CDU faßt in zwei Hauptpunkten, nämlich ihrem Punkt 2 Sozialpolitik und Punkt 3 Familien-, Jugend- und Gesundheitspolitik die nun geplanten sozialpolitischen Maßnahmen zusammen. Diese beiden Hauptpunkte sind in insgesamt neun Unterpunkte gegliedert. Es sei erlaubt, diese Unterpunkte zugleich mit ihrer Aufzählung kritisch zu werten.



Von diesen kleinen Schrauben — ein Millimeter lang, 0,5 Millimeter im Durchmesser und mit fünf Windungen versehen — lassen sich etwa 3200 Stück in einem Fingerhut unterbringen. Sie werden von jungen Frauen mit kleinen Schraubenziehern eingedreht.

Unter 2 a) wird die „Einführung eines sozialen Mietrechtes, beim Abbau der Wohnungszwangswirtschaft“ angekündigt. Noch immer steht nicht genügend Wohnraum zur Verfügung, aber trotzdem will man den Wohnungsmarkt und die Mieten freigeben und die dann anziehenden Mieten in besonderen Härtefällen durch soziale Mietzuschüsse mildern. Punkt 2 b) verspricht eine „Reform der Krankenversicherung“. Die Richtung dieser Reform hat Arbeitsminister Blank umrissen. Sie wird keine Gleichstellung der Angestellten und Arbeiter im Krankheitsfalle bringen. Die Karenztage für Arbeiter sollen beibehalten, ihre Bezahlung jedoch abgeschafft werden und der Kranke soll künftig an den Kosten für Arznei- und Krankenhausbehandlung „selbstbeteiligt“ sein. In ähnlichem Sinne soll nach Punkt 2 c) auch die Unfallversicherung einer Reform unterzogen werden. Das wird bei Vorliegen der Gesetze noch genauer zu untersuchen sein. Bisher ist nur sichtbar, daß es der Regierungspartei ausgesprochen auf die Sanierung der Versicherungen und unausgesprochen auf die Bekämpfung des Versorgungsdenkens bei den Arbeitnehmern ankommt.

Unter Punkt 2 d) wird eine neue Überarbeitung des Rentenneuordnungsgesetzes in Aussicht gestellt, mit dem Ziel „Härten, Unklarheiten und Gesetzeslücken zu beseitigen“. Das ist nur zu begrüßen. Aber ist dies nicht zugleich das Eingeständnis flüchtiger Arbeit des Gesetzgebers? Damals standen die Wahlen vor der Tür und man peitschte in wenigen Wochen durch, was jahrelang in den Ausschüssen des Bundestages verschleppt, durch die Mühen der Interessentengutachten gedreht und in den Schreibtischschubladen der Bürokratie verstaubt war. Nun ist die Arbeit gerade fertig, noch haben nicht einmal alle Anspruchsberechtigten ihre umgestellten Renten erhalten und schon muß das Gesetz „überarbeitet“ werden.

Als Punkt 2 e) schließlich erwähnt die Entschließung „Anpassung der laufenden Renten“. Hier wird ausgesprochen, daß der Gesetzgeber erst anpassen muß und somit die bisher gehörten Erklärungen, daß sich künftig die Renten automatisch laufend anpassen, eine Irreführung der Rentner war. So war auch die Rentenneuordnung keine Sozialreform; auch kein Baustein dazu.

Noch magerer ist der Punkt 3 mit seinen vier Unterpunkten in dieser Entschließung ausgefallen. Unter 3 a) wird endlich die Verabschiedung des Jugendarbeitschutzgesetzes und des Berufsausbildungsgesetzes versprochen. Auch das ist zu begrüßen. Aber es darf daran erinnert werden, daß schon dem ersten Bundestag dafür ein Gesetzentwurf der Gewerkschaften vorgelegen hat. Er wurde immer wieder torpediert durch die Unternehmerverbände und in den Ausschüssen durch ihre Vertreter im Parlament verschleppt. Es wird endlich Zeit, daß sich der Bundestag und die Regierungspartei auf die Nöte der arbeitenden Jugend besinnt.

Das Kindergeldgesetz soll nach Punkt 3 b) der Entschließung verbessert werden. Diese Ankündigung sollte keine falschen Hoffnungen wecken. Es geht hier nicht etwa um das Kindergeld für das erste und zweite Kind, wie es Beamte selbstverständlich schon immer erhielten, sondern um die Entlastung des Mittelstandes, der gegen die Belastung aus dem Kindergeldgesetz seit langem Sturm läuft.

Eine Sozialreform ist also nach alledem nicht geplant und nicht zu erwarten. Statt dessen gibt es ein ganzes Flickprogramm verunglückter Gesetze und das Versprechen, verschleppte Gesetze endlich in Angriff zu nehmen. Das ist enttäuschend für alle, die mehr erwartet haben.

Gefährliche Perspektiven des Ärzteverbandes

Alarmierend sind die Einzelheiten, die seit einiger Zeit über die Absichten des Bundesarbeitsministeriums bei der Neuordnung der Krankenversicherung an die Öffentlichkeit dringen. Nicht weniger alarmierend ist die Tatsache, daß auch Teile der Ärzteschaft sich die Pläne des Ministeriums, die auf eine Leistungsminderung und weitgehenden Abbau der sozialen Krankenversicherung hinauslaufen, in weitem Umfange zu eigen gemacht haben und als ihre eigenen Forderungen erheben.

So haben sich jetzt die Delegierten des „Verbandes der Ärzte Deutschlands (Hartmann-Bund)“ auf ihrer Hauptversammlung in Baden-Baden eindeutig für eine Selbstbeteiligung des Patienten bei jeder Inanspruchnahme eines Kassenarztes ausgesprochen. Gleichzeitig forderten sie eine Beteiligung der Versicherten an den Krankenhauskosten bis zu einer Höhe von 20 Prozent.

Die Vorschläge des Verbandes der Ärzte Deutschlands, die mit den Plänen des Bundesarbeitsministeriums weitgehend übereinstimmen — Dr. Claussen, Staatssekretär in diesem Ministerium, trug sie auf dem Ärztekongreß vor —, sind einfach nicht zu rechtfertigen. Ihre Verwirklichung würde in der Praxis eine Krankheitsvorbeugung und eine Gesundheitsvorsorge unmöglich machen; das frühzeitige

Erkennen der Krankheiten wird verhindert und der Versicherte durch erhöhte Beiträge sowie die Selbstbeteiligung unerträglich belastet.

Erfreulicherweise kann andererseits festgestellt werden, daß der Hartmann-Bund alle Pläne ablehnt, die darauf zielen, den vertrauensärztlichen Dienst zu einer Kontrollbehörde aller Zweige der Sozialversicherung zu machen. Ebenso begrüßenswert ist seine Einstellung zur vorbeugenden Gesundheitsfürsorge. Die Ärzte verlangen, daß die soziale Krankenversicherung die Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung von Krebs, Herz- und Kreislauferkrankungen übernehmen soll.

Unverständlich ist es jedoch, die Ärzte in der Front der Gegner der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zu finden. Der Hartmann-Bund fordert, daß die nachträgliche Zahlung von Krankengeld für die Karenztage bei Krankheiten von längerer Dauer als 14 Tage wieder abgeschafft werde und daß die Krankengeldzahlung nicht mehr nach Kalendertagen, sondern nach Arbeitstagen erfolgt, was in vielen Fällen praktisch auf eine Kürzung des Krankengeldes hinauskommen kann. Ärzte sollten eigentlich wissen, daß fast jede Krankheit zusätzliche Aufwendungen für Diät, Pflege, Pflege und anderes mehr erfordert und wirtschaftliche Sorgen seelische Belastungen zur Folge haben, die eine schnelle Gesundung verhindern.

Unser Gewerkschaftstag 1958

Der Gewerkschaftstag in Nürnberg hat den Kurs unserer IG Metall für die nächsten zwei Jahre festgelegt. Das geschah unter starker Anteilnahme der Öffentlichkeit, der stärksten wohl, die je einem Kongreß unserer Organisation zuteil wurde. Zweifellos ist das nicht nur deshalb so, weil die IG Metall die größte der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften ist; das öffentliche Interesse, die Anteilnahme an ihren Beratungen und Beschlüssen gleichermaßen bei der Arbeitnehmerschaft wie bei den Organisationen des wirtschaftlichen und politischen Lebens (eine Ausnahme machte bezeichnenderweise lediglich der Bundesarbeitsminister!) gründet sich auf die während der letzten Jahre gezeigte Aktivität und die auf vielen Gebieten erzielten Erfolge. Auf dem beschrittenen Wege energisch weiterzugehen, ist der einmütige Auftrag des Nürnberger Gewerkschaftstages an den neugewählten Vorstand.

Wenn sich indes in einigen Zeitungsberichten die Feststellung findet, es habe in Nürnberg „keine Sensationen“ gegeben, so empfand — auch ohne solche — doch wohl die Mehrzahl der Berichterstatter im ganzen die Entschlossenheit des Gewerkschaftstages, für die Verwirklichung der Forderungen des Aktionsprogrammes und den weiteren sozialen Fortschritt die ganze gewerkschaftliche Kraft einzusetzen. Dementsprechend werden — um mit den Worten der einstimmig angenommenen Entschließung zur Gewerkschaftspolitik zu sprechen — im Vordergrund der Aktivität der IG Metall in der nächsten Zeit u. a. stehen: Aktive Lohn- und Gehaltspolitik; die Forderungen nach verlängertem Urlaub und ausreichendem Urlaubsgeld; das Streben nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich; das Bemühen um die tarifliche Sicherung der betrieblichen Sozialleistungen; das Verlangen nach Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall und die Anstrengungen um Verwirklichung der immer wieder erhobenen Forderung nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Jugendliche.

Wie schnell und in welchem Umfange es gelingen wird, diese Forderungen — in deren Verwirklichung der Gewerkschaftstag die soziale Voraussetzung für eine gerechtere Gesellschaftsordnung erblickt — durchzusetzen, hängt nicht zuletzt von der Kampfkraft und Entschlossenheit unserer Organisation ab, dafür alle zur Verfügung stehenden demokratischen gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen. Hier erlangt darum der Appell des bisherigen Hauptkassierers, des Kollegen Albert Kern an den Gewerkschaftstag, alles zu tun, um die Mitgliederfluktuation zu überwinden und die Mitgliederzahl wesentlich zu erhöhen, seine ganz besondere Bedeutung.

Sicherung der Vollbeschäftigung

Höchste Aktualität hat angesichts der gegenwärtigen Unsicherheit der Wirtschaftslage auch die Feststellung des Gewerkschaftstages, daß es die Hauptaufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik sei, „die Konjunktur zu fördern und Vorkehrungen für den möglichen Fall einer krisenhaften Entwicklung in der Bundesrepublik zu treffen. Die Wirtschaftslage kann aber nur stabilisiert und die weitere Aufwärtsentwicklung nur gesichert werden, wenn den steigenden Produktionsmöglichkeiten die steigende Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten gegenübersteht. Diese Feststellung gilt besonders in einer Zeit des stürmischen technischen Fortschritts, wie er durch die Begriffe Automation und friedliche Verwendung der Kernenergie gekennzeichnet ist.“

Für die Gewerkschaften gäbe es, so sagte Otto Brenner in diesem Zusammenhang in seinem Grundsatzreferat, nur eine Antwort auf die gegenwärtige Situation: „Kein fatalistisches Hinnehmen der Wirtschaft als Schicksal, keine leeren Spekulationen über die künftige Entwicklung, sondern aktive Politik zur Sicherung der Vollbeschäftigung und der maximalen Steigerung des Lebensstandards. Das bedeutet für uns in erster Linie Beibehaltung unserer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik zur Stärkung der Massenkaufkraft als Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftsentwicklung ... Im Rahmen einer Vollbeschäftigungspolitik sind daher gerade unter den besonderen Bedingungen der Bundesrepublik auch eine

systematische Stärkung des Innenmarktes durch höhere Arbeits- und Sozialeinkommen und durch den Abbau der Unternehmerrgewinne volkswirtschaftlich dringend erforderlich.“

Sozialpartner oder Gegenspieler?

Doch wer solches will — es im Interesse der großen Mehrheit unseres Volkes will, der führt, nach den Worten maßgeblicher Sprecher der Unternehmer, „Klassenkampf“, während die Herren Paulssen und Berg, die die gegenwärtigen ungerechten Einkommens- und Vermögensverhältnisse im Interesse einer kleinen Gruppe verewigen wollen, sich als die Befürworter eines „vernünftigen Zusammenarbeitens“ darstellen. Die IG Metall, die Sachwalterin der Arbeitnehmerinteressen, wird aber die Lehren der sozialen Auseinandersetzungen der Vergangenheit nicht vergessen. Sie ist selbstverständlich jederzeit zu Gesprächen mit den Arbeitgeberverbänden ebenso bereit, wie sie ihre Bereitschaft zu vertretbaren Kompromissen wiederholt unter Beweis gestellt hat. Sie weiß aber gleichfalls, daß für eine „vernünftige Zusammenarbeit“ (worunter die Unternehmer die sogenannte „Sozialpartnerschaft“ verstehen), andere Voraussetzungen erfüllt sein müssen als das heute der Fall ist, daß dafür bloße Lippenbekenntnisse, wie sie von Zeit zu Zeit von den Herren Paulssen und Berg abgegeben werden, nicht genügen. Darum auch erklärte Otto Brenner mit allem Nachdruck: „Niemand wird uns mit leeren Redensarten zur sogenannten Sozialpartnerschaft bekehren, wenn die Unternehmer bei jeder Gelegenheit zu erkennen geben, daß sie nicht unsere Partner, sondern unsere sozialen Gegenspieler sind. Sozialpartnerschaft setzt voraus, daß Unternehmer und Arbeitnehmer die gleichen Möglichkeiten zur Beeinflussung des Betriebes und der Wirtschaft und auch die gleichen Ausgangspunkte haben. Aber gerade das ist es, was in unserer Klassengesellschaft fehlt.“

Mit all diesen Fragen haben sich die 356 Delegierten des Gewerkschaftstages in Referaten und recht ausgiebiger Diskussion befaßt. Nicht „Ideologien eines vergangenen Jahrhunderts“ beherrschten ihn, sondern der nüchterne Sinn des Gewerkschafters, der mühsam, Schritt für Schritt, seine Lebenslage zu verbessern sucht, der aber darüber hinaus auch die Ursachen der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit kennt und sie zu beseitigen trachtet, wohl wissend, daß die Erhaltung der Demokratie, des Friedens und der Freiheit dafür unerläßliche Voraussetzungen sind.

Neue Wege in der Tarifpolitik

Wie sehr gegenwartsnah und auf die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes von heute bezogen „Nürnberg“ war, machte u. a. auch der Bericht des Kollegen Fritz Salm über die Probleme unserer Tarifpolitik deutlich, der betonte, daß die Aufgabe darin bestehe, „solche Tarifverträge zu schaffen, die eine weitgehende tarifliche Sicherung der Verdienste und der Arbeitsbedingungen ermöglichen“. Die Schaffung betriebsnaher Tarifverträge sei notwendig; im Mittelpunkt stehe dabei „neben Verbesserungen der Manteltarifverträge, vor allem die Änderung der Lohnbestimmungen, d. h. Änderung der Lohngruppen, der Tätigkeitsmerkmale, bessere Akkordbestimmungen, Mitbestimmung bei Einstufung und Akkord-

Neuer Rahmentarif in Schleswig-Holstein

Karenztage werden teilweise bezahlt

Der Rahmentarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Metallindustrie Schleswig-Holsteins tritt nun endgültig am 1. Oktober d. J. in Kraft. Das ist das Ergebnis der Schlichtungsverhandlung, die am 23. und 24. September in Kiel geführt wurde. Unparteiischer Vorsitzender war der Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, Ernst.

Der Schlichtungsentscheid bringt aber darüber hinaus noch weitere wesentliche Verbesserungen. In Zukunft werden den gewerblichen Arbeitern bei Krankheit während der zwei Karenztage 50 Prozent des Verdienstausfalles in diesen beiden Tagen durch den Arbeitgeber erstattet. Die neue Regelung bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand einen wesentlichen Fortschritt. Außerdem wurde vereinbart, den Zuschlag für unregelmäßige Nacharbeit von 20 auf 25 Prozent heraufzusetzen.

Die Ahlmann-Carlshütte in Rendsburg wird ab 1. Juli 1959 ebenfalls wie alle anderen Betriebe in Schleswig-Holstein den zehnprozentigen Zuschlag für Schichtarbeiten bezahlen.

Proteststreik

In der Frankfurter Büromaschinenfabrik „Tropedo“, die 2000 Belegschaftsmitglieder zählt, traten am Mittwoch 300 Arbeiter der Montageabteilung in einen Proteststreik. Sie wollten damit gegen einen Brief protestieren, den die Geschäftsleitung an vierzig bereits längere Zeit kranke Belegschaftsmitglieder geschrieben hatte.

In diesem Brief war auch vermerkt, daß Neueinstellungen vorgenommen werden müßten, um entsprechende Arbeitsdispositionen treffen zu können. Dieser Vermerk, so sagte das alleinige Vorstandsmitglied der Firma, Senator F. H. Harms, sei von den Arbeitern offenbar „mißverstanden“ worden. Sie hätten geglaubt, daß die Kranken entlassen werden sollten. Das sei jedoch keineswegs vorgesehen. Man habe lediglich erfahren wollen, wann mit der Arbeitsaufnahme dieser Kranken zu rechnen sei. Nach Aufklärung des Mißverständnisses hätten die Belegschaftsmitglieder der Montageabteilung die Arbeit wieder aufgenommen. lh

festsetzung“. Heute seien, so erklärte Fritz Salm, fast alle Manteltarifverträge gekündigt. Er fuhr fort: „Die Lohnabkommen sind zum 31. Dezember 1958 kündbar. Diese Situation sollten wir nützen, um die Schaffung von betriebsnahen Tarifverträgen, durch den Abschluß verbesserter Manteltarife, vor allem aber durch die Verbesserung des Abschnittes Entlohnung im Sinne unserer Forderung in den Mittelpunkt unserer tarifpolitischen Zielsetzung der nächsten Zeit zu stellen.“

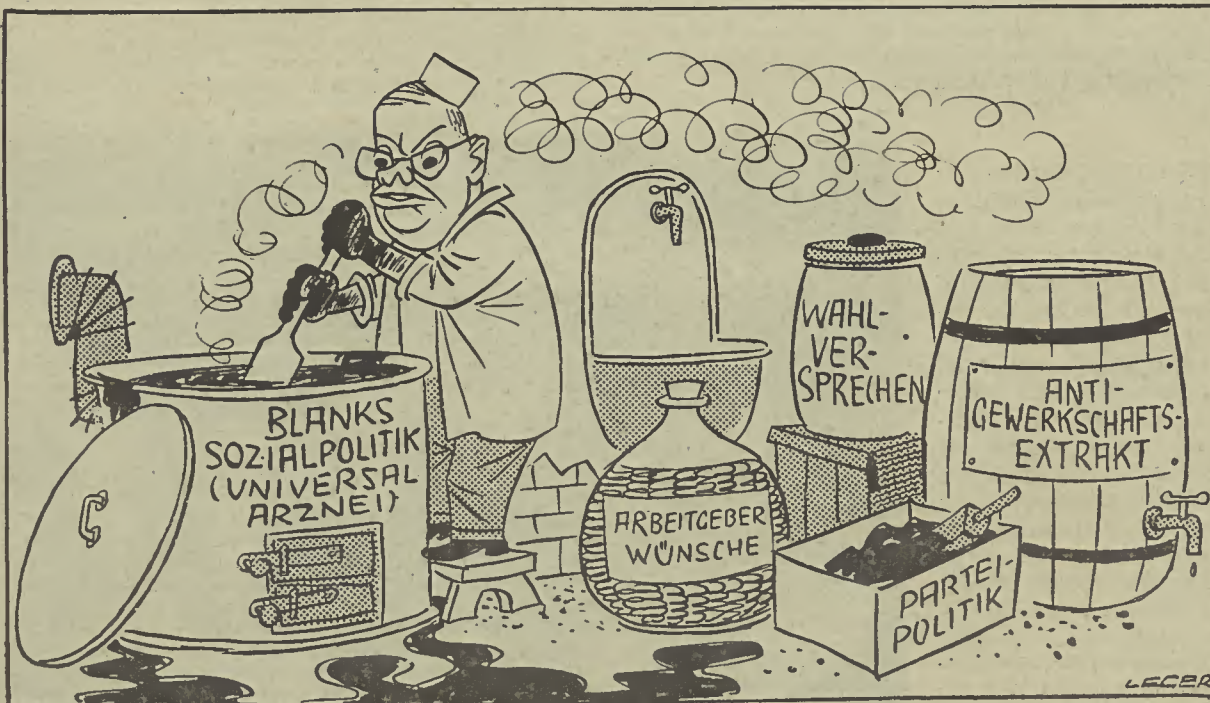
Es war sicherlich nicht zufällig, daß diese Ausführungen bei den Delegierten lebhaft Zustimmung und in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt in den Reihen der Unternehmerverbände eine so starke Beachtung fanden — weisen sie doch auf ein neues und weites Gebiet gewerkschaftlicher Tarifpolitik.

Es ist darum eigentlich auch nur schwer verständlich, wenn einerseits in verschiedenen Zeitungskomentaren die „Sucht nach Ideologie“ als das hervorragendste Kennzeichen des 5. Gewerkschaftstages bezeichnet wurde, während in anderen die Diskussion und der Beschluß über die Änderung unserer Satzungsbestimmung über die Krankenunterstützung als das Ergebnis von Nürnberg gedeutet werden. Natürlich mußte die letzte Frage die Gemüter stark bewegen; daß sie es in diesem Umfange tat, zeigt nur, wie wenig das Gerede vom „sozialen Wohlstand der Arbeitnehmer“ mit der Wirklichkeit zu tun hat und wie dringlich der gewerkschaftliche Kampf für die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist. Gerade darum bedarf die IG Metall großer finanzieller Mittel, damit sie in der Lage ist, erfolgreich im Interesse aller Arbeiter und Angestellten zu wirken. Allein darum ging es in der Diskussion und das eben ist der Sinn der Entscheidung von Nürnberg, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichten.

Einig und entschlossen

Wenn es noch eines weiteren Beweises dafür bedurfte, wie tief der Gedanke der Einheitsgewerkschaft in der Arbeitnehmerschaft wurzelt: Nürnberg hat ihn erbracht. Eindringlich, einmütig, in voller Freiheit und für alle Teilnehmer überzeugend. Obwohl es vor Nürnberg keine Zweifel daran gegeben hat: Das erneute Bekenntnis aller, gleichviel, wie immer ihr politisches und religiöses Bekenntnis ist, zur gemeinsamen Sache, ist darum nicht weniger erhebend. Toleranz und Achtung anderer Meinungen werden das Unterpfand der Einheit auch in der Zukunft sein. Es gibt innerhalb der Gewerkschaftsbewegung keine Spaltungsbestrebungen und wo solche von außen her versucht werden, stoßen sie auf geschlossene Ablehnung. Sie finden ebenso entschlossene Ablehnung wie alle Versuche, die freie Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik für Propagandazwecke der sowjetzonalen Diktatur zu mißbrauchen. Auch darüber hat der Gewerkschaftstag keinerlei Zweifel gelassen.

So geht denn unsere IG Metall erneut an die Arbeit: Mit klarem Kurs, einig und entschlossen im Wollen und in dem Zeichen, in dem Nürnberg eine Woche lang gestanden hat: Frieden, Freiheit, Fortschritt.



Dieses Waschküchenlabor bleibt auch nach dem Arzneimittelgesetz

7000 Entlassungen in der Stahlindustrie

44 500 Mann erleiden Lohnverlust durch Arbeitszeiteinschränkung

Welches erschreckende Ausmaß die Entlassungswelle in der Eisen- und Stahlindustrie erreicht hat, zeigt das Ergebnis einer in den letzten Tagen vorgenommenen Erhebung der Industriegewerkschaft Metall bei den einzelnen westdeutschen Hüttenwerken. Danach sind seit Anfang dieses Jahres bereits 5109 Entlassungen erfolgt, während zur Zeit weitere 1859 Entlassungen vorgesehen sind. Insgesamt sind also zur Zeit annähernd 7000 Beschäftigte von dem Verlust ihres Arbeitsplatzes betroffen bzw. bedroht.

Aus der Umfrage geht ferner hervor, daß für 44 500 Mann die wöchentliche Arbeitszeit unter entsprechenden Lohnverlusten reduziert wurde. Für rund 4000 davon wurde regelrechte Kurzarbeit eingeführt, d. h., sie arbeiten weniger als 5/6 der betriebsüblichen Arbeitszeit. In allen anderen Fällen, in denen der Stundenausfall nicht so groß ist, spricht man von „Arbeitszeiteinschränkung“.

Bei der Dortmund-Hoerder Hüttenunion betrifft die genannte Arbeitszeiteinschränkung rund 16 000 Mann. Außerdem hat dieses größte westdeutsche Hüttenwerk im September 600 Mann entlassen und zum 1. Oktober erneut 600 Arbeitern und 30 Angestellten gekündigt. Die Dortmunder Westfalenhütte (Hoesch) hat die Arbeit für 2118 Mann eingeschränkt und ihre Belegschaft vom April bis August um 394 Mann verringert.

Der Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation entließ im September 250 Mann, nachdem in den vorhergehenden Monaten schon kleinere Aktionen erfolgt waren, und sich die Belegschaft von Januar bis August um 915 Mann vermindert hatte. Hier wurde das Stahlwerk III in Höntrop völlig stillgelegt, im gesamten Hochofenbereich für 1927 Beschäftigte Kurzarbeit und darüber hinaus für weitere 5168 Belegschaftsangehörige eingeschränkte Arbeitszeit verfügt. Die Ruhrstahl AG Hattingen ging im September zu einer Massenentlassung von 500 Mann über. Außerdem müssen jetzt 58 Prozent ihrer Belegschaft teils kurz, teils eingeschränkt arbeiten.

Aber auch in anderen Teilen des Reviers ist die Stahlarbeiterschaft in ähnlicher Weise betroffen. Das Hüttenwerk Rheinhausen entließ im Juni 300 Mann und hat inzwischen für weitere 250 Arbeiter und 35 Angestellte die Entlassung „vorsorglich“ beantragt. Mannesmann hat bisher in seinem Hüttenwerk Hückingen bei Duisburg 472 Mann und in den Röhrenwerken Düsseldorf-Rath 250 Mann auf die Straße gesetzt. Die Hütte Mülheim-Meiderich entließ bisher 328 Mann. Zugleich müssen hier 2248 Mann eingeschränkt arbeiten.

Das Gußstahlwerk Gelsenkirchen (Rheinstahl) hat, um die ab einer Kündigung von 50 Beschäftigten erforderliche Genehmigung des Arbeitsamtes zu umgehen, schon viermal je 49 Mann entlassen und nunmehr weitere 49 Entlassungen vorgesehen. In Hagen-Haspe (Klöckner) verloren bisher 59 Mann ihren

Arbeitsplatz und für mehrere hundert Betriebsangehörige wurden Feierschichten eingelegt.

Mehr oder weniger sind schließlich auch Werke außerhalb des Reviers in Mitleidenschaft gezogen. Im Werk Osnabrück der Georgsmarienhütte (Klöckner) erfolgten 200 Entlassungen und 100 stehen noch an. Salzgitter hat 100 Mann entlassen. Bei den Hüttenwerken Siegerland besteht im Werk Wissen schon seit 26 Wochen Kurzarbeit und im Werk Niederschelden gab es 45 Entlassungen, während dort 200 Mann kurz und 100 Mann eingeschränkt arbeiten müssen. Das Stahl- und Walzwerk Rasselstein in Andernach hat bisher 34 Mann gekündigt und Kurzarbeit für 800 Belegschaftsmitglieder angemeldet.

Dieser Überblick zeigt, wie sehr die Folgen einer gewissen Flaute in der Eisen- und Stahlindustrie auf die Belegschaften abgewälzt werden.

Ulbricht muß kurztreten

Das Ergebnis der in den letzten zehn Tagen in der Zentrale der SED in Ost-Berlin hinter verschlossenen Türen geführten Beratungen ist ein erster, keineswegs freiwilliger Rückzug Ulbrichts, eine Lockerung jener Politik der Repressalien, mit der die SED nach dem Parteitag ihr „sozialistisches“ System gegen jeden Widerstand durchsetzen wollte.

Die Reaktion auf diesen Ulbricht-Kurs war auch zu drastisch, als daß sie von der SED-Führung hätte ignoriert werden können. Da war die Massenflucht der sowjetzonalen Intelligenz, der Wissenschaftler, Ärzte und Ingenieure nach West-Berlin. Nicht weniger verhängnisvoll waren die Meldungen aus allen Teilen des Landes, daß die Einzelbauern in der Einbringung der Ernte demonstrativ saumselig waren und abgeerntete Felder nicht wieder mit der Wintersaat bestellten, sondern brachliegen ließen. Da kamen aber auch die Meldungen aus den Bezirkshauptstädten, daß durch die Schließung zahlreicher Einzelhandelsgeschäfte die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gesichert war.

Alles Anlaß genug, daß sich die Spitzenfunktionäre täglich im Hauptquartier der SED zusammenfanden,

Im Stahlhandel, der in steigendem Maße französische und belgische Feinbleche in die Bundesrepublik einführt, hört man, die deutschen Werke hätten sich verabredet, nicht mit den niedrigeren ausländischen Preisen in Wettbewerb zu treten. Anscheinend sitzt man also bei der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie trotz des Auftragsrückganges weiter auf dem hohen Ross und entläßt lieber Arbeitskräfte, als in den Preisen etwas nachzugeben.

Es besteht daher Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, ob die Werksleitungen auch wirklich alles tun, um die Arbeitsplätze für ihre Belegschaften zu erhalten. Man sollte nicht vergessen, daß es hier um die Existenz und das Schicksal derjenigen Menschen geht, denen es in erster Linie zu verdanken ist, daß die Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik aus den Nachkriegstrümmern wieder aufgebaut werden konnte und einen einmaligen Aufschwung erlebte.

Die Massenentlassungen erscheinen daher weitgehend auch als eine Folge der Rationalisierung und Automatisierung, die sich durch laufende Einsparung von Arbeitsplätzen immer schärfer zuungunsten der Belegschaften auswirkt. Dieser Gefahr muß daher durch eine weitere Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und einer Verpflichtung der Unternehmer begegnet werden, für eine rechtzeitige Umsetzung der durch die Automatisierung brotlos gewordenen Arbeitnehmer an andere gleichwertige Arbeitsplätze zu sorgen. Die gegenwärtige Entwicklung in der Stahlindustrie ist ein ernstes Warnzeichen! W. Fr.

um die Lage zu erörtern. Eine Entscheidung freilich konnte nicht fallen, da Ulbricht von seinem Urlaub in der UdSSR noch nicht zurück war. In diesen Konferenzen war man sich freilich im klaren über die Alternative: Fortsetzung des scharfen Parteitagkurses und damit verbunden Verschärfung der prekären Situation oder Lockerung der Zügel, was aber die Ulbricht-Partei in den Verdacht bringen mußte, vor den Gegnern zurückzuweichen. In der obersten SED-Spitze hatte sich so etwas wie eine Fronde gegen die Scharfmacher gebildet, zu der das Politbüromitglied Rau und der Berliner Oberbürgermeister Ebert gehörten, die beide den Mut besaßen hatten, in der SED-Presse vor einer Überspitzung des Kurses öffentlich zu warnen.

Das Ergebnis dieses Tauziehens war ein Politbüro-Ukas vom 18. September, in dem das SED-Regime Konzessionen machen mußte. Selbstverständlich versuchte der unterdessen nach Pankow zurückgekehrte Ulbricht, die Schuld an der verhängnisvollen Entwicklung wieder einmal auf die kleinen Funktionäre abzuschieben, die die Parteitagsbeschlüsse „entstellt“ hätten.

Aber alles Gerede über eine unangebrachte „revolutionäre Ungeduld“ kann nicht vertuschen, daß das Ulbricht-Regime einige Pflöcke zurückstecken mußte. Den Ärzten wird jetzt eine „gesicherte Perspektive“ zugesichert; der noch kurz vorher propagierte Satz „Die politische Stellungnahme des Arztes und Beeinflussung des Kranken sei wichtiger als das Medikament“ wurde ad acta gelegt; den Kindern der Ärzte wird jede gewünschte Hochschulausbildung versprochen und die Teilnahme sowjetzonaler Ärzte an westdeutschen Kongressen und Studienreisen nach dem Westen, die seit Monaten strikte verboten waren, sollen erlaubt werden. Noch gewichtiger ist die Konzession des Politbüros, daß die „Durchführungsmaßnahmen für den Reiseverkehr nach Westdeutschland zu überprüfen und Privatreisen zu erleichtern sind“.

Auch die SED-Funktionäre an den Universitäten und Hochschulen, vor allem aber im Staatssekretariat für das Hochschulwesen, mußten sich die Leviten lassen, weil sie, wie es im SED-Zentralorgan hieß, die Wissenschaftler durch „bürokratische Anordnungen brüskiert, deren schöpferische Initiative erstickt und sie in den Senaten und Fakultätsräten politisch und weltanschaulich majorisiert hätten“.

Es ist heute schon ein offenes Geheimnis, daß die Konzessionen Ulbrichts nicht allein dessen Erkenntnis der kritischen Lage entspringen, sondern auf eine Anweisung aus Moskau zurückgehen. E. Zachmann

Der IG Metall-Kongreß fordert: Größere soziale Sicherheit

54 Prozent aller Unfallrenten gefährdet

Die Erhöhung und der Ausbau der sozialen Sicherheit für die Arbeitnehmerschaft war eines der Hauptthemen, die bei den Beratungen des Gewerkschaftstages in Nürnberg im Vordergrund standen. Der Kongreß wandte sich auf das entschiedenste gegen alle Versuche, die Leistungen verschiedener Zweige der Sozialversicherung zu verschlechtern, und erhob gleichzeitig in zwei einstimmig angenommenen Entschlüssen seine Forderungen zur Neuordnung der Kranken- und Unfallversicherung.

Der Kongreß vertrat die Auffassung, daß für die Zukunft das wichtigste Ziel die Verhütung von Krankheiten sei. Zusammen mit der Krankenversicherungsreform mußten deshalb umfassende Maßnahmen zur Gesundheitssicherung ergriffen werden. Das Schwergewicht der Krankenversicherung habe bei der Krankenbehandlung zu liegen. Hier müsse die Wiederherstellung der Gesundheit des Erkrankten im Vordergrund stehen und nicht die Frage nach den Behandlungskosten; die neuesten medizinischen Erkenntnisse müßten zur Anwendung kommen, wenn es um die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit gehe.

In der Begründung zur Entschließung über die Krankenkassenreform wurde auch eingehend zur Finanzierung der Krankenversicherung Stellung genommen. Eine Selbstbeteiligung der Versicherten sei ein völlig ungeeignetes Mittel; vor allem werde dadurch eine eventuell unberechtigte Inanspruchnahme nicht eingedämmt, andererseits aber eine Barrikade auf dem Weg zum Arzt errichtet, die dem Ziel einer möglichst weitgehenden Gesunderhaltung genau entgegenwirke.

Um die soziale Krankenversicherung finanziell gesund zu machen — und das sei ohne erhöhte Beiträge durchaus möglich —, genüge es, wenn sie von allen ihr fremden Aufgaben befreit werde. Arbeitsunfälle z. B. gehören nicht in den Risikobereich der Krankenversicherung, sondern für sie habe ausschließlich der Arbeitgeber zu haften.

Eine vordringliche Neuregelung erfordert auch der vertrauensärztliche Dienst. Der Kongreß lehnte mit aller Entschiedenheit eine Ausweitung der Machtbefugnisse des Vertrauensarztes ab. Wirkliche Vertrauensärzte müßten ihre Entscheidungen nur nach ihrem Gewissen und ihren medizinischen Kenntnissen fällen können und daher unabhängig sein von einzelnen Auftraggebern oder dienst- oder privatvertraglichen Verpflichtungen.

Scharfe Kritik übte der Kongreß an dem Regierungsentwurf des Gesetzes über die Neuregelung der gesetzlichen Unfallversicherung und forderte in seiner Entschliebung neben höheren Vollrenten vor allem die Wiedereinführung der Unfallrente schon bei einer Erwerbsminderung von 10 Prozent.

Nicht weniger schwerwiegend sei die Bestimmung, heißt es in der Begründung zur Entschliebung über die Neuregelung der gesetzlichen Unfallversicherung, daß Renten für Erwerbsminderung unter 50 Prozent mit einer fünffachen Jahresrente endgültig abgefunden werden sollen. Für eine solche Bestimmung findet sich im gesamten deutschen Recht keinerlei Beispiel. Sie dürfte mit das Rückschrittlichste darstellen, was sich die Bundesregierung bisher auf sozialpolitischem Gebiet geleistet hat. 54 Prozent aller zur Zeit laufenden Renten würden entfallen, und das ohne Rücksicht auf das Alter der Verletzten.

Eine DGB-Delegation ist zu einer sechswöchigen Studienreise nach dem Fernen Osten abgeflogen. Unser Bild zeigt auf dem Flughafen Düsseldorf von rechts nach links: Walter Arendt (IG Bergbau), Heinz Seeger (Gew. Holz), Heinz Frehsee (Gew. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft), Bernhard Tacke (stellv. Vorsitzender des DGB), Ernst Schäfer (IG Metall), Alfred Heider (Bundesvorstandsverwaltung). — Ludwig Linsert (DGB-Landesbezirk Bayern) traf die Delegation erst in Zürich.



!angekreidet

Pflichtjahr

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident sah sich jüngst wieder einmal zu einigen Äußerungen bemüht, die recht merkwürdig anmuten. Kai-Uwe von Hassel, der vor kurzem noch die Buttereinkäufe in Dänemark als „nationale Würdelosigkeit“ bezeichnete, brach nun eine Lanze für eine gute Ausbildung als Hausfrau. Allein die Lanze war auch danach.

Nach Meinung des Ministerpräsidenten gibt es nämlich eine gute Möglichkeit, junge Mädchen in ihre späteren Aufgaben als Hausfrauen einzuführen: ein „freiwilliges Pflichtjahr“ im Haushalt. Bieder meinte er dazu, das dürfe natürlich keine Sache des Arbeitseinsatzes werden.

Nun haben wir „freiwillige Pflichtjahre“, die keine Sache des Arbeitseinsatzes werden sollten, schon einmal erlebt, auch für junge Mädchen im Haushalt. Von diesem „Pflichtjahr“ war es dann nur ein ganz kleiner Schritt bis zum Arbeitsdienst.

Die Gewerkschaften haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie allen Versuchen, ein Pflichtjahr einzuführen, schärfsten Widerstand entgegenzusetzen werden. Und das mit Recht. Auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident mußte das wissen. Schließlich braucht man, um junge Mädchen in ihre späteren Aufgaben als Hausfrauen einzuführen, wirklich kein Pflichtjahr.

Merkwürdiger Schwundverlust

Auf dem Rücken der Verbraucher tragen seit geraumer Zeit das Fleischerhandwerk und die Landwirtschaft einen Kleinkrieg um die Aktion „Schweineberg“ aus. Die Landwirte werfen den Fleischern vor, sie hätten durch die Aktion „Schweineberg“ einen Mehrgewinn von 125 Millionen DM erzielt, während die Fleischer treu und brav behaupten, die Landwirte machten eine Milchmädchenrechnung auf.

Nun läßt sich nicht bestreiten, daß in den letzten Monaten die Erzeugerpreise für Schweinefleisch infolge des großen Angebotes erheblich zurückgegangen sind. Der Verbraucher aber hat davon nichts gemerkt. Die Fleischer verlangten nämlich nach wie vor die alten Preise. So ergaben sich dabei Handels- und Schwundverluste in Höhe von 5 Prozent.

Aber diese Handels- und Schwundverluste machen den Fleischern nichts aus. Im Gegenteil. Sie versuchen sogar, sie noch zu verteidigen. Es sei allgemein bekannt, so erklärte in diesen Tagen ein Fleischerinnungsverband, daß den fleischverarbeitenden Betrieben Haus- und Schwundverluste in Höhe von 5 Prozent entstünden.

Selbstverständlich rechtfertigt das nach Ansicht der Fleischer eine Handels- und Schwundspanne, wie sie noch niemals erreicht worden ist.

Befangen

Was recht ist, muß recht bleiben — da gibt es gar nichts. Jeder Angeklagte kann sich verteidigen, ja er soll sich sogar verteidigen. Und jeder Angeklagte hat auch das Recht, sich einen Anwalt zu nehmen, der dieses für ihn erledigt. Warum auch nicht? Ein gewöhnlicher Normalverbraucher findet sich ohnehin in dem bundesdeutschen Paragrafengestrüpp nur schwer zurecht. Er würde vermutlich sogar einige für ihn günstige Möglichkeiten schlicht übersehen. Nicht so ein findiger Anwalt. Der muß — von Berufs wegen sozusagen — immer noch einen Weg finden. Und wenn ihm gar nichts mehr zur Rechtfertigung seines

Klienten einfällt, dann hat er immer noch die Möglichkeit, den Richter wegen Befangenheit abzulehnen.

Gewiß, das ist nicht ganz so einfach. Schließlich muß so eine Ablehnung ja begründet werden, nicht wahr? Aber wo ein Wille, da ein Weg, und frisch gewagt ist halb gewonnen. So etwas jedenfalls schien sich jüngst ein Verteidiger in einem Nitrit-Prozeß vor dem Nürnberger Landgericht gesagt zu haben. Er riet, den zuständigen Richter wegen Befangenheit abzulehnen. Schließlich — so argumentierte er mit bezwingender Logik — wäre der Richter ja gar nicht in der Lage, den Sachverhalt objektiv zu beurteilen, denn das könne — seiner Ansicht nach — nur ein Vegetarier.

Nun fehlt bloß noch, daß die Wein-pantscher antialkoholische Richter verlangen und Ehescheidungssachen künftighin nur noch von Junggesellen verhandelt werden dürfen.



Die Mercedes-Bauern

Aufmerksamen Beobachtern war es schon seit langem aufgefallen, daß zum Lieblingsfahrzeug vieler, ach so notleidender Landwirte der Mercedes 180 D avanciert war. Allerdings, zu verstehen ist, daß diese Mercedes-Welle bisher kaum als neuer Erfolg der „sozialen Marktwirtschaft“ gefeiert wurde. Und nicht allein deshalb nicht, weil ja schließlich die zuständigen Bundesministerien im trauten Verein mit den Bauernverbänden laute Klagelieder über die schlechte Lage der Landwirte singen — was ja zur wachsenden Zahl großer Wagen in landwirtschaftlichen Betrieben immerhin in einigem Widerspruch steht.

Der Grund dafür, daß die Mercedes-Welle der Bauern nicht gefeiert wird, ist allerdings noch ein anderer. Bekanntlich wird für den Nutzen der Landwirtschaft verbrauchten Dieselmotorkraftstoff eine Rückvergütung von 23,6 Pfennig je Kilogramm oder Liter gewährt.

Nun ist es seit dieser Rückvergütung in verschiedenen ländlichen Gegenden fast obligatorisch geworden, daß Kraftstoffhändler „gefälligkeitshalber“ die Benzinrechnungen ihrer bäuerlichen Kunden auf Dieselöl umschreiben oder aber den gefüllten Tank im Privatfahrzeug eines Bauern auf das Konto eines Dieselschleppers verbuchen. Und wo das nicht so ganz einfach war, nun, da avancierte eben der Mercedes 180 Diesel zum Lieblingsfahrzeug. Da fiel es denn gar nicht weiter auf, wenn mit

Die trüben Geschäfte des Herrn Wille

Gutbezahlte Posten gegen hohe Provision

Das Berliner Abgeordnetenhaus wird sich in Kürze mit einem Antrag seines Präsidenten beschäftigen, die Immunität des Abgeordneten Lothar C. Wille aufzuheben. Gegen Wille liegt nämlich eine Strafanzeige der Berliner Klassenlotterie vor, die ihm groben Mißbrauch seines früheren Amtes als Aufsichtsratsmitglied des Berliner Zahlenlotos vorwirft.

Schon einmal hatte das Aufsichtsratsmitglied Wille eine merkwürdige Rolle in einem Lotto-Skandal gespielt, eine Rolle, die bis heute nicht geklärt ist. Sie kostete dem damaligen CDU-Abgeordneten Lothar C. Wille den Posten im Aufsichtsrat der Lotto-Gesellschaft.

Er quittierte diesen Verlust mit dem Austritt aus der CDU. Aber weder die ungeklärte Rolle beim damaligen Skandal noch der Austritt aus der CDU hinderten die damals gegründete Freie Deutsche Volkspartei (FDV) — die sich von der FDP abgespalte — daran, Wille in Berlin zu ihrem 2. Vorsitzenden und zum Abgeordneten zu machen.

Vor kurzem wurde nun in Berlin ein Lotto-Bezirksstellenleiter entlassen. Er hatte 11 000 DM unterschlagen. Und bei dieser Gelegenheit stieß nun die Lotto-Gesellschaft darauf, daß Wille seinen damaligen Aufsichtsratsposten zu einem einträglichen Handel mit gutbezahlten Posten in der Lotto-Gesellschaft verwandelt hatte. Jener fristlos entlassene Bezirksstellenleiter war einer seiner „Kunden“ gewesen.

Der Posten eines Bezirksstellenleiters beim „Berliner Zahlenlotto“ bringt monatlich Brutto-Einnahmen von 5000 DM. Kein Wunder, daß der Posten

begehrt ist. Und damit machte Wille nun seine Geschäftchen. Jener nunmehr entlassene Bezirksstellenleiter beispielsweise, erhielt seinen Posten mit freundlicher Hilfe Willes. Er mußte sich allerdings zu einer Gegenleistung verpflichten. „Vertraglich“ wurde festgelegt, daß Wille für seine Hilfe bei der Beschaffung des Postens eine „Provision“ in Höhe von 40 000 DM zu erhalten habe. Diese Summe wurde im Laufe von zwei Jahren fällig, und ist inzwischen bezahlt worden.

Jetzt allerdings ist die Sache geplatzt. Wille wird sich vor dem Gericht zu verantworten haben, die FDV hat seinen Ausschluß aus der Partei angekündigt, und im Abgeordnetenhaus wird die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erwogen.

Offen bleiben trotzdem aber noch etliche Fragen. Zunächst einmal die, warum ein Mann wie Wille, der bereits 1955 in einen Lotto-Skandal verwickelt war — der ihm schließlich den Aufsichtsratsposten kostete —, noch drei weitere Jahre im politischen Leben eine Rolle spielen konnte. Zum anderen die, von welchen Geldern die „Provision“ bestritten wurde — denn 40 000 DM sind selbst für einen Mann mit einem monatlichen Brutto-Einkommen von 5000 DM kein Pappenstiel — und zum dritten, wieviele Posten beim Berliner Zahlenlotto denn noch auf diese Art vergeben wurden.

Daß diese Frage durch die Anfrage der Lotteriedirektion an die übrigen 15 Bezirksstellen beantwortet wird, ob irgendwo ähnliche „Vertragsverhältnisse“ wie bei jenem Entlassenen bestanden, ist allerdings kaum anzunehmen.

dem vom Steuerzahler verbilligten Kraftstoff nicht allein Schlepper, sondern auch Privatwagen betrieben wurden.

Es fragt sich, was die zuständigen Bundesbehörden gegen diesen offensichtlichen Mißbrauch zu unternehmen gedenken. Eine Erkundigung bei der Bayerischen Landespolizei beispielsweise würde ihnen klarmachen, in welchem Umfange das Geld der Steuerzahler vielen Landwirten zu billigen Privatfahrten verhilft.

Geschichte

„Was man nicht weiß, das eben brauchte man“, sagt Goethe. Und manch einer der bundesdeutschen Schüler wird sich dieses Ausspruches später vielleicht einmal erinnern. Schuld daran sind nun nicht etwa mangelnder Lernerifer oder Unaufmerksamkeit der Jugend, o nein. Wenn die jungen Leute über die deutsche Geschichte nur ungenügend informiert werden, so liegt das daran, daß sich die Herausgeber des Buches „Der Mensch im Wandel der Zeit“ (Bauer-Müller, Verlag Westermann, Braunschweig) zu einer Kürzung entschlossen haben. Dieses Werk dient nämlich einem großen Teil der westdeutschen Schüler als Geschichtsbuch. Und wenn dieses Buch noch vor kurzer Zeit einen umfassenden Überblick über die deutsche Geschichte bot, so weist es jetzt Lücken auf, die einfach unfaßbar sind. Abgesehen da-

von, daß über den Bauernkrieg nicht eine Zeile in diesem Unterrichtsbuch zu finden ist, abgesehen davon, daß zum Beispiel über Karl Marx kein Wort erwähnt ist, abgesehen davon schweigt sich dieses „eigenwillige“ Geschichtswerk auch über die jüngste deutsche Vergangenheit gründlich aus.

Mit keiner Zeile werden Konzentrations- und Massenvernichtungslager erwähnt, kein Wort ist über die Widerstandsbewegung zu finden. Von einem Reichstagsbrand ist nichts verzeichnet und nichts von Oradour und Lidice.

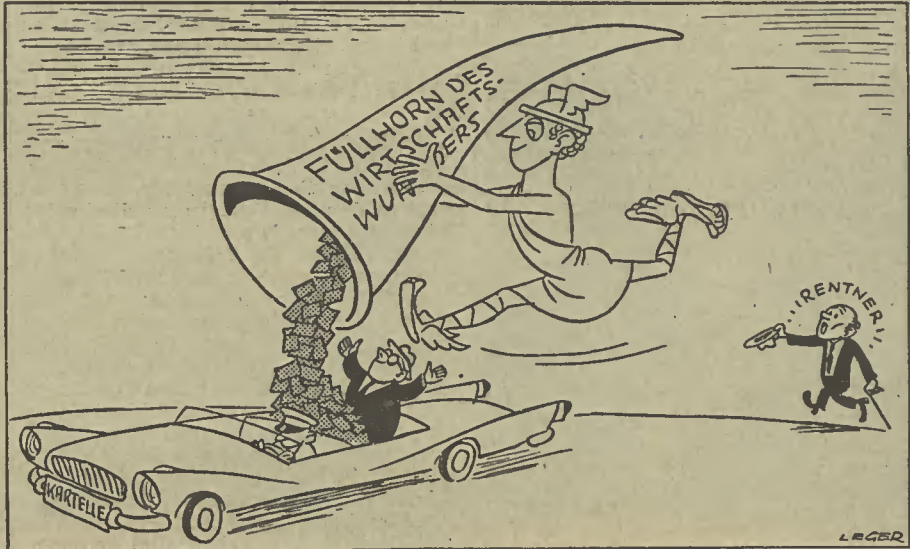
Die Herren Autoren sprechen von „der Notwendigkeit einer Straffung des Geschichtsstoffes“. Wir allerdings fragen angesichts einer solchen Entwicklung mißtrauisch — und wiederum mit Goethe —: „Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten?“

Profit ist alles!

Der bundesdeutsche Verbraucher hat leider Grund zu neuer Besorgnis: Nachdem er die Welle von Nahrungsmitteln mit gesundheitsgefährdenden Zusätzen einigermaßen heil überstanden hat, droht ihm nun auch Gefahr von verdorbenen Arzneimitteln.

Normalerweise haben Medikamente den Zweck, den Kranken Linderung oder Heilung zu bringen. Zwei Patienten in München mußten jedoch am eigenen Leibe das Gegenteil erfahren: nach Injektionen mit einem Digitalis-Präparat stellten sich Fieberanfälle und Hautreizungen ein.

Wie war das möglich? Ein geschäftstüchtiger Apotheker hatte ohne Rücksicht auf die Patienten überalterte Medikamente neu verpackt und mit entsprechendem Gewinn verkauft. Der Fall bekommt einen besonders üblen Beigeschmack durch die Tatsache, daß das städtische Gesundheitsamt von den teils noch aus der Vorkriegszeit stammenden Beständen wußte und den Apotheker bereits vor fünf Jahren aufgefordert hatte, die unbrauchbar gewordenen Mittel zu vernichten. Doch nach dem Grundsatz, daß Profit alles und Rücksicht nichts ist, mißachtete der Apotheker die Anordnung und das Gesundheitsamt hielt eine Kontrolle scheinbar für überflüssig.



Ohne Worte

FORTSCHRITT FRIEDEN - FREIHEIT

Der 5. Gewerkschaftstag der IG Metall

Vom 15. bis 20. September legten 356 gewählte Delegierte aus allen Teilen des Bundesgebietes und aus West-Berlin die Ziele und Aufgaben der nun rund 1,8 Millionen Mitglieder zählenden Organisation für die nächsten zwei Jahre fest.

Die große Bedeutung, die dem Nürnberger Gewerkschaftstag zukommt, spiegelt sich einmal in der Teilnahme vieler prominenter Ehrengäste aus dem In- und Ausland wider. Sie kommt aber auch vor allem in den Beratungen des Kongresses und in den von den Delegierten gefaßten Beschlüssen und Entschlüssen zum Ausdruck. Sie werden für die künftige Aktivität unserer Gewerkschaft von größter Bedeutung sein.

Das Stadtbild Nürnbergs, der großen Industriestadt und alten Hochburg der Arbeiterbewegung im Herzen Frankens, wurde während der dritten Septemberwoche entscheidend geprägt durch das „Parlament“ der IG Metall. Anschlagtafeln, Transparente, Fahnen und Spruchbänder wiesen die hier lebenden und arbeitenden Menschen immer wieder auf dieses Ereignis, aber auch auf die Forderungen des gewerkschaftlichen Aktionsprogrammes hin.

Ein festliches Bild bot die Messehalle, als am Montag der Gewerkschaftstag feierlich eröffnet wurde. Höhepunkt der Eröffnungsfeier war zweifellos die Uraufführung der Kantate „Metall“, über die wir an anderer Stelle berichten. Unter den etwa 200 Gästen aus dem In- und Ausland sah man Vertreter von europäischen, Bundes- und Landesbehörden sowie der Parteien, an der Spitze den stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Walter Stain, den früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner, den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Anton Sabel, den Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Dr. Gaber, den Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Professor Dr. Nipperdey, das Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, Dr. Potthoff, den Oppositionsführer Erich Ollenhauer und Alfred Nau als Vertreter des SPD-Vorstandes und die Bundestagsabgeordneten Arndgen und Zankl als Repräsentanten der CDU. Außerdem konnten in der Eröffnungsfeier zahlreiche führende Gewerkschafter aus dem In- und Ausland, so vor allem der DGB-Vorsitzende Willi Richter sowie Vertreter von Metallgewerkschaften aus Belgien, Dänemark, England, Italien, Finnland, Frankreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Österreich, aus der Schweiz, Schweden und der spanischen Exilgewerkschaften begrüßt werden.

Mit Mißfallen wurde bemerkt, daß weder Bundesarbeitsminister Blank noch sein Staatssekretär Claussen es für notwendig fanden, an dem Gewerk-

schaftstag teilzunehmen und auch keinen Vertreter entsandten. Sie entschuldigten sich bei dem Kongreß der immerhin größten Gewerkschaft der Bundesrepublik mit „anderweitigen Verpflichtungen“.

Alois Wöhrle: Einigkeit macht stark

In seiner Begrüßungsansprache erklärte der 2. Vorsitzende der IG Metall, Kollege Alois Wöhrle, daß es ohne die Erhaltung des Friedens in der Welt, aber auch ohne demokratische Freiheiten keinen sozialen Fortschritt geben könne. In der vordersten Linie der Auseinandersetzungen um den sozialen Fortschritt stünden die Gewerkschaften und in der Bundesrepublik vor allem die Industriegewerkschaft Metall. „Die Größe und Stärke unserer Organisation bürdet uns besondere und erhöhte Verantwortung auf. Wir wissen aber auch, daß wir unsere Aufgaben nur erfüllen können, wenn die Einheit der Gewerkschaftsbewegung erhalten und gestärkt wird. Nie wieder darf der unselige Richtungsstreit die Gewerkschaftsbewegung beherrschen. Der Geschlossenheit der Unternehmer darf nur eine ebenso geschlossene und einheitlich wirkende Gewerkschaftsbewegung gegenüberstehen.“

Kollege Wöhrle betonte die Notwendigkeit, die nationalen Schranken zwischen den Völkern zu überwinden. Die Entwicklung der Technik und Verkehrswege, die immer engere Verflechtung der Weltwirtschaft hätten zur Folge, daß jeder in irgendeinem Lande erkämpfte

soziale Fortschritt auch Auswirkungen auf die übrigen Länder habe. Aber nicht nur die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusse das Leben der Arbeitnehmerschaft und der Welt. „Noch mehr ist das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung, ja der ganzen Menschheit, von der Weltpolitik abhängig. Unser Gewerkschaftstag tritt zu einem Zeitpunkt zusammen, an dem der Weltfrieden wieder einmal besonders bedroht ist. Wo auch ein Krieg entfesselt wird, muß man mit der Möglichkeit, ja mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß er sich zu einem Weltkrieg ausweitete. Und was ein solcher Krieg im Atomzeitalter bedeutet, darüber dürften in unserm Kreise keine Unklarheiten herrschen. In einem solchen Krieg würde es nicht mehr Sieg oder Niederlage eines Landes, eines Volkes, eines Staates geben, sondern nur die Zerstörung und Vernichtung der gesamten Menschheit und der Kultur. Das sind auch die Gründe, warum die freien und unabhängigen Gewerkschaften in der ganzen Welt, der Deutsche Gewerkschaftsbund und wir, die IG Metall, immer wieder mahnend unsere Stimme erheben.“

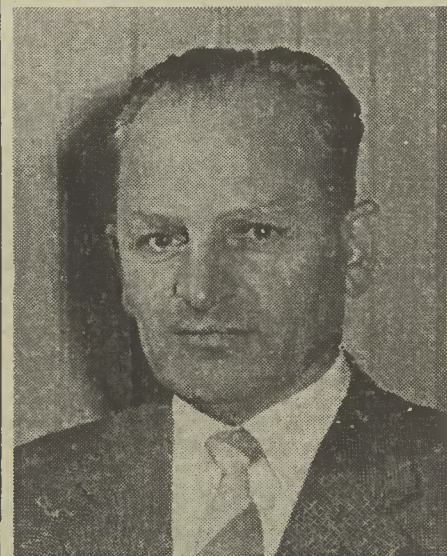
Auf die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik eingehend, warnte Alois Wöhrle mit Nachdruck vor den Gefahren des Neofaschismus. Es sei seit Jahren das besondere Verdienst der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, unermüdlich und unbeirrt gegen das Eindringen ehemals führender Nationalsozialisten und Militaristen in maßgebende Positionen Stellung zu nehmen.

Am Nachmittag des Eröffnungstages überbrachten Vertreter der Behörden, Parteien und befreundeter Gewerkschaften den 356 Delegierten die besten Wünsche. Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Nürnberg, Kollege Otto Kraus, gab in seinem Willkommensgruß einen Rückblick auf die reiche Geschichte der alten freien Reichsstadt und ihre große Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung.

Die Grüße des Bayerischen Landtages übermittelte dessen Vizepräsident Georg Hagen. Er unterstrich mit allem Nachdruck, daß die Demokratie der Gewerkschaften bedarf, um lebensfähig und lebensverbunden zu sein. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident und Minister für Arbeit und Soziales, Walter Stain, hob in seinem Gruß-

wort — auf die dem Gewerkschaftstag vorliegenden Anträge eingehend — die Notwendigkeit eines Strahlenschutzes bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie in der Wirtschaft hervor.

Der frühere langjährige bayerische Ministerpräsident und jetzige Oppositionsführer im Landtag, Professor Dr. Wilhelm Hoegner, betonte mit allem Nachdruck, daß die Gewerkschaften die wohl wichtigste Stütze der Demokratie in Deutschland seien. „Die Gewerk-



Alois Wöhrle

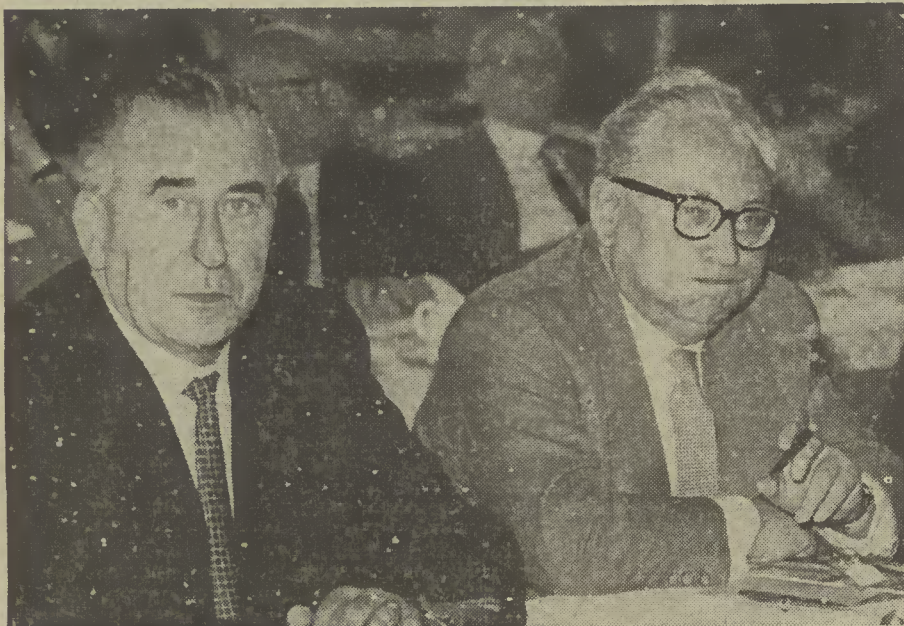
schaften haben mit darüber zu wachen, daß nicht mehr staatliche Allmacht ihr Medusenhaupt in Deutschland erhebt.

Ministerialrat Böhmcke vom Bundesministerium für Wirtschaft sagte in seinem als Vertreter von Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard übermittelten Grußwort über das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Regierung: „Gewerkschaften und Regierung sind zwar auf der einen Seite natürliche Gegenspieler. Aber sie sollten auch stets Partner im regen und fruchtbaren Meinungsaustausch zum Wohle der Gesamtheit sein.“

Der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Nürnberg, Dr. Urschlechter, ging in seinem Grußwort auf die reiche Tradition Nürnbergs in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein.



Schon auf dem Bahnhofsplatz in Nürnberg kündeten Plakate vom Gewerkschaftstag der IG Metall.



Willi Richter und Erich Ollenhauer wohnten der Eröffnungssitzung bei.

Ohne Gewerkschaften keine Demokratie

„Der Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall hat nicht nur Bedeutung für die 1,8 Millionen Mitglieder dieser Organisation, sondern für die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft und für unser ganzes soziales Leben.“ Mit diesen Worten leitete der 1. Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, seine Begrüßungsworte ein. Die Kreise, die heute so laut den Ruf nach politischer Neutralität der Gewerkschaften erheben, hätten nicht die Interessen der Arbeitnehmerschaft oder die Demokratie im Auge. Sie seien vielmehr oftmals identisch mit jenen, für die die Demokratie nur mehr ein Lippenbekenntnis sei. „Es gibt keine Demokratie ohne starke und selbständige Gewerkschaften. Und die Gewerkschaften müssen unbedingt auch am politischen Leben aktiven Anteil haben und Anteil nehmen können.“ Auch vor 1933 hätten die damaligen Richtungsgewerkschaften immer wieder zu politischen Grundsatzfragen Stellung genommen und sich zu politischen Aktionen — nicht zuletzt zur Verteidigung der Demokratie — zusammengefunden. Es sei nicht einzusehen, mit welcher Berechtigung man den heutigen Gewerkschaften dieses Recht streitig mache. Politik, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftsbildende Faktoren spielten heute so eng ineinander, daß eine scharfe Trennung gar nicht möglich sei.

Die Grüße des Vorstandes und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU über-

Einig und entschlossen für das Aktionsprogramm

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird erklärt, die Demokratisierung der Wirtschaft als Weg zur Überwindung der Klassengesellschaft und als Voraussetzung sozialer Sicherheit sei ohne starke aktive und einheitliche Gewerkschaften nicht denkbar. Die Einheit der Gewerkschaften und ihre Unabhängigkeit von Parteien, Staat, Regierungen und Konfessionen, ihre strikte weltanschauliche und religiöse Toleranz sei deshalb von größerer Bedeutung denn je. Sie zu verteidigen und zu sichern, sei eine der wesentlichsten Aufgaben auch der IG Metall. Der Gewerkschaftstag werde sich deshalb mit Nachdruck gegen jeden Versuch, Richtungsgewerkschaften zu bilden. „Die IG Metall sieht nach wie vor ihren wesentlichsten Beitrag zur Festigung der Gewerkschaften darin, die ganze Kraft und Aktivität der Organisation auf die Durchsetzung der Forderungen des Aktionsprogramms zu konzentrieren. Im Vordergrund ihrer Aktivität in der nächsten Zeit stehen aktive Lohn- und Gehaltspolitik zur Steigerung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt; verlängerter Urlaub; ausreichendes Urlaubsgeld; weitere Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich; tarifliche Sicherung der betrieblichen Sozialleistungen; Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle; gleicher Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Jugendliche; verbesserter Jugendarbeitsschutz.“

brachte der Bundestagsabgeordnete Josef Arndgen. Er sprach — allerdings in häufig polemischen Redewendungen — vor allem das Problem der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften an, wobei er sich — wie er betonte — von der Sorge um die Einheit der Gewerkschaften leiten ließ. Der Geist Wilhelm Leuschners, Jakob Kaisers und des früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Habermann und die daraus geborene Idee der Einheitsgewerkschaft müsse auch künftig lebendig bleiben. Die CDU habe nicht die Absicht, den DGB zu spalten.

Das deutsche Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, Dr. Heinz Potthoff, verband mit seinem Gruß den Dank der Hohen Behörde an alle Funktionäre der IG Metall, die seit Jahren in den Gremien der Montanunion wertvolle Mitarbeit leisteten. Er gab einen Abriss der Probleme, die sich derzeit aus der europäischen Grundstoffherzeugung und deren Auswirkungen auf die in den sechs Mitgliedstaaten lebenden Arbeiter und Angestellten ergeben. Er betonte: „Die wirtschaftliche Integration Deutschlands hat nur dann einen Sinn, wenn er der arbeitenden Bevölkerung zum Vorteil gereicht...“

Im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes überbrachte der 1. Vorsitzende des DGB, Kollege Willi Richter, den Delegierten die Grüße der organisierten Arbeitnehmer der Bundesrepublik. Willi Richter wies darauf hin, daß die Beratungen des Gewerkschaftstages nicht allein von den Mitgliedern der IG Metall, sondern von allen deutschen Gewerkschaftern mit Aufmerksamkeit verfolgt würden. Auf aktuelle Fragen eingehend erklärte der Vorsitzende des DGB, daß die Arbeitnehmer der Einheitsgewerkschaft allen Spaltungsversuchen zum Trotz erhalten würden. Der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften seien und blieben unabhängig. Willi Richter betonte in seiner Begrüßungsansprache noch einmal, daß der DGB nicht nachlassen werde, auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu drängen.

Die erfolgreiche Arbeit der IG Metall habe unter den freien Gewerkschaften in aller Welt Beachtung und Anerken-



Die Stimmzettel für die Vorstandswahlen werden verteilt.

nung gefunden, erklärte für den Internationalen Metallarbeiter-Bund (IMB) Kollege Alfred Dannenberg. In seiner Begrüßungsansprache bezeichnete er es angesichts der Verlangsamung des Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung als wichtigste Sorge und Aufgabe Gewerkschaften, die Sicherung des Arbeitsplatzes und des Arbeitseinkommens. Eine weitere wichtige Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung sei die Unterstützung der Gewerkschaften in den sogenannten unterentwickelten Ländern. Die Entscheidung, wohin sich diese Länder einmal wenden würden, werde auf sozialem Gebiet fallen.

Die über die nationalen Grenzen hinausreichende Solidarität und Verbundenheit der in der Metallindustrie tätigen Menschen kam auch besonders augenfällig in den Grußworten des Kollegen W. J. Carron vom Britischen Metallarbeiterverband, des Kollegen Georges Delamarre vom Metallarbeiterverband innerhalb der Force Ouvriere, des Kollegen Ivar Noren von der Schwedischen Metallgewerkschaft, des Kollegen Dominik Hummel von der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter Österreichs und des Kollegen Ingold vom Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband zum Ausdruck.

Hört auf mit dem Wettrüsten!

Die IG Metall habe sich stets gegen jede Wiederaufrüstung und gegen jede Remilitarisierung Deutschlands ausgesprochen, da die Wiederaufrüstung die Konflikte zwischen den großen Machtblöcken verschärfe und nicht geeignet sei, die Sicherheit der Bundesrepublik zu verstärken, heißt es in einer anderen Resolution. Die Beteiligung der Bundesrepublik am Wettrüsten und eine „Politik der Stärke“ verringerten die Chancen der Wiedervereinigung, stellten den sozialen Standard in Frage und vergrößerten die Gefahren militäristischer Einflüsse auf die gesamte Politik der Bundesrepublik.

Ebenso wie der DGB habe sich auch die IG Metall dem Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ angeschlossen. Die jüngsten Ereignisse hätten noch einmal mehr bewiesen, wie notwendig es sei, sich nach wie vor entschieden gegen die atomare Aufrüstung zu wenden. „Der Gewerkschaftstag appelliert an die Großmächte, sich der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung nicht zu entziehen.“

Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftstages

Der Gewerkschaftstag der IG Metall wird auch künftig alle zwei Jahre stattfinden und nicht — wie es ein Antrag der Verwaltungsstelle Kiel an die Delegierten des Gewerkschaftstages vorsah — in dreijährigem Turnus. Das beschloß der 5. Gewerkschaftstag in der Beratung der Anträge zur Satzungsänderung.

Der § 2 der Satzung der IG Metall erfuhr dabei durch einstimmigen Beschluß folgende Neufassung: „Die Gewerkschaft hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern. Ihre Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unterneh-

mern, Konfessionen und politischen Parteien hat sie jederzeit zu wahren.“

Nach mehrstündiger Diskussion erhöhte der Gewerkschaftstag des weiteren die gewerkschaftlichen Unterstützungen bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit; wir berichten gesondert darüber. Eine Steigerung erfuhren gleichzeitig die Sätze der gewerkschaftlichen Invalidenunterstützung, und zwar um 5 DM.

In weiter angenommenen Anträgen wurde u. a. vom Gewerkschaftstag beschlossen: Der Vorstand der IG Metall soll in allen Tarifgebieten, in denen der Rahmentarif schon länger als ein Jahr gekündigt ist, geeignete Maßnahmen —

wenn notwendig Kampfmaßnahmen — einleiten, um beschleunigt zum Abschluß von neuen guten Verträgen zu kommen. Vorschläge zur Verkleinerung der großen Tarifgebiete sollen von einer zu bildenden Studienkommission ausgearbeitet werden.

Mit großer Sorge verfolgt der Gewerkschaftstag die Situation der Lehrlinge im Metallhandwerk. Es sollen deshalb verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um in allen Handwerksbereichen zu Lehrlingstarifverträgen zu kommen. In einem weiteren gebilligten Antrag wird gefordert, daß Pflichtfächer für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin an den technischen Hochschulen und Universitäten eingeführt werden. Mit Nachdruck wird die schnelle Verabschiedung eines Gesetzes zur Verhütung von Strahlungsschäden gefordert, ebenso ein Gesetz zur Überprüfung neuer Arbeits- und Werkstoffe. Weiter wird der Vorstand beauftragt, auf die Verabschiedung eines Bundesgesetzes zu drängen, das die Hersteller von maschinellen Einrichtungen aller Art verpflichtet, keine Maschine ohne vorgeschriebene Schutzvorrichtung auszuliefern.

In einem weiteren Antrag, den der Gewerkschaftstag einstimmig annahm, wird gegen das beabsichtigte neue Krankenkassengesetz und die damit verbundenen Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustand (Selbstbeteiligung) scharf Stellung genommen. Ein bundeseinheitliches Berufsausbildungsgesetz wird im Interesse der berufstätigen Jugend gefordert.

Weiter wird der Vorstand der IG Metall beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem DGB alle geeigneten Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Mieterhöhungen zu ergreifen. Außerdem soll auf eine straffere Lebensmittelkontrolle und schärfere Strafbestimmungen für Herstellung und Verkauf verfälschter Lebensmittel gedrängt werden.



„...den bitte ich um das Handzeichen.“ Die Delegierten bei der Abstimmung.

Der Vorstand berichtet über seine Tätigkeit

Für größeren Anteil am Sozialprodukt

In Ergänzung der den Delegierten in Buchform vorgelegten ausführlichen Geschäftsberichte erstatteten die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes mündlichen Bericht über ihre Arbeitsgebiete während der letzten zwei Jahre. Gegen die Versuche der Bundesregierung und der Unternehmerverbände, die Lohnpolitik in der Bundesrepublik zu „versachlichen“, wandte sich der 1. Vorsitzende, Kollege Otto Brenner. Im mündlichen Geschäftsbericht der Abteilungen „Vorsitzender — Wirtschaft“ führte Koll. Brenner aus, Regierung und Arbeitgeber bemühten sich mit allen Mitteln der Propaganda, den Kampf der Gewerkschaften um die Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeitnehmer auf die neutrale Ebene der volkswirtschaftlichen Quotenverteilung zu verschieben, um so den derzeitigen Anteil des Arbeitnehmers am Sozialprodukt für immer beizubehalten. „Mit politischer Sterilität und sogenannter versachlichter Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitpolitik auf der Basis der alten Verteilung des Sozialproduktes würde die Gewerkschafts-

bewegung nicht nur ihre Kampfkraft einbüßen, sondern auch zu einem staatlichen Ordnungsfaktor ständestaatlichen Charakters degradiert.“

„In der Bundesrepublik nehmen“, so warnte Otto Brenner, „die wirtschaftliche Macht und der Machtwille der Unternehmer ständig zu. Darauf ist der Ausgang der Bundestagswahlen nicht ohne Einfluß gewesen.“ Ein sichtbares Beispiel für den sich konsolidierenden Machtwillen der Unternehmer sei der Lohnkonflikt in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens im Frühjahr gewesen.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall unterstrich die Bedeutung, die in steigendem Maße die Automatisierung in der deutschen Industrie gewinnt. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung, dafür Sorge zu tragen, daß Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitnehmerschaft zum Vorteil gereichen. In scharfen Worten nahm Brenner auch Stellung gegen die Privatisierungspläne der Bundesregierung für den industriellen Besitz der öffentlichen Hand.

Noch intensivere Bildungsarbeit

Jeder Fußbreit sozialen Fortschritts mußte den Arbeitgebern und ihren Verbänden in den letzten Jahren in hartnäckigen Kämpfen abgerungen werden, erklärte der 2. Vorsitzende, Koll. Alois Wöhrle, im Bericht „Organisation — Bildungswesen“. Die Aufgaben der Gewerkschaften und der IG Metall seien von Jahr zu Jahr vielseitiger und schwieriger geworden. Ihrer Lösung und Verwirklichung werde ein stärkerer Widerstand der Arbeitgeber und auch der gesetzgebenden und der regierenden Gewalten entgegengesetzt. Der 2. Vorsitzende der IG Metall ging in seinen weiteren Ausführungen auf die künftigen Probleme und Aufgaben der Gewerkschaften ein. Er erklärte dazu u. a.: „Was wir infolge der auf uns zukommenden Nutzung der atomaren Kraft für friedliche Zwecke und der sich durchsetzenden Automation an

Veränderungen in Wirtschaft und Sozialgefüge zu erwarten haben, was wir heute erst mehr erahnen als bereits klar erkennen können, wirft neue Probleme und neue Aufgaben auf, die wir in der kommenden Zeit zu lösen haben werden.“

Die Wirksamkeit einer Gewerkschaft hänge jedoch nicht allein nur von der richtigen Gewerkschaftspolitik und von der zahlenmäßigen Stärke der Organisation ab, sondern vor allem auch davon, daß die Mitglieder vom Bewußtsein der Notwendigkeit des einheit-

lichen Zusammengehens durchdrungen sind, daß sie klare Vorstellungen von Wirtschaft, Staat, Gesellschaft und von den Aufgaben der Gewerkschaft haben. Koll. Wöhrle betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit.

Der Ausbau der Bildungsarbeit sei aber auch deshalb notwendig, weil die Unternehmerverbände immer wieder versuchten, den Arbeitnehmern in sogenannten Mitarbeiterseminaren und ähnlichem ein völlig verzerrtes Bild der Wirklichkeit zu zeigen.

Neuordnung der Wirtschaft

Einstimmig wurde von den Delegierten eine Entschließung zur Wirtschaftspolitik angenommen, in der u. a. die wirtschaftlichen Grundsatzforderungen des DGB bekräftigt wurden, die als Grundlage für eine den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen allerarbeitenden Menschen entsprechende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft anzusehen sind. Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, im Rahmen der Grundsätze Vorschläge für eine Neuordnung im Bereich der Metallwirtschaft zu erarbeiten und sie dem nächsten Gewerkschaftstag vorzulegen.

Der Gewerkschaftstag verurteilte in diesem Zusammenhang die unverantwortliche Praxis der Selbstfinanzierung und der Hochhaltung der Preise. Kartelle und Konzerne verschärften diese Tendenzen. Die wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit einer aktiven gewerkschaftlichen Politik der Lohn- und Gehaltserhöhungen wurde noch einmal unterstrichen.

Mehr Mitbestimmung an der Ruhr

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie sei es höchste Zeit, daß auch bei Preisbildung und Investitionen den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften die Mitbestimmung eingeräumt wird, erklärte das für die Abteilungen „Montanunion — Mitbestimmung“ verantwortliche Vorstandsmitglied, Kollege Heinrich Sträter. Noch Ende 1957 habe die Eisen- und Stahlindustrie ihre Preise erhöht, während in den anderen Ländern keine Preiserhöhungen, sondern Preissenkungen durchgeführt wurden.

Die Preiserhöhung war nach den Worten Koll. Sträters völlig fehl am Platze und befand sich in keiner Beziehung zur Marktlage. Rund 6000 entlassene Stahlarbeiter seien die Leidtragenden dieser Preispolitik. Sträter stellte in diesem Zusammenhang die Frage: „Tut auch die Hohe Behörde der Montanunion auf diesem Gebiet immer ihre Pflicht? Ich sage nein! Nach Artikel 3 des Vertrages hat sie unter anderem die Aufgabe, für niedrigste Preise zu sorgen. Die Hohe Behörde hat ein Kontrollrecht der Kostenunterlagen. Meines Wissens ist jedoch nur einmal von einer ernsthaften Kontrolle die Rede gewesen, bei der letzten Kohlepreiserhöhung. Diese Kontrolle hatte zum Ergebnis, daß die von den Zechen eingereichten Preise als überhöht festgestellt wurden.“

Bei seiner Kritik, so führte Kollege Heinrich Sträter weiter aus, könne er die Bundesregierung, besonders das Bundeswirtschaftsministerium nicht ausschließen. Von einer Wirtschaftspolitik im Sinne der Erhaltung der Vollbeschäftigung könne keine Rede sein. Moralmassagen bei erhobenem Zeigefinger machten keine Wirtschaftspolitik aus.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging Koll. Sträter auf die Erfahrungen mit der kontinuierlichen Arbeitsweise ein. Während die Stahlarbeiter früher keinen einzigen Sonntag frei hatten, seien durch die kontinuierliche Arbeitsweise 13 freie Sonntage im Jahr erreicht worden. „Wir erwarten von dem jetzt amtierenden Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen, Herrn Ernst, daß er alle bisherigen Sondergenehmigungen aufrechterhält, bis die bundesgesetzliche Regelung in Kraft ist.“

Die finanzielle Kampfkraft stärken!

Der sich immer mehr versteifende Widerstand der Arbeitgeber gegen die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft kommt, nach den Worten des Hauptkassierers, Kollege Albert Kern, in der Steigerung der Ausgaben für Arbeitsniederlegungen zum Ausdruck. So hat die IG Metall innerhalb des Berichtszeitraumes für Arbeitskämpfe 33 Millionen DM ausgegeben. In dieser Summe spiegeln sich im wesentlichen die Kosten des 16wöchigen Streiks in Schleswig-Holstein wider. Albert Kern erklärte in diesem Zusammenhang, daß das Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle keinesfalls ein freiwilliges Geschenk des Bundestages war: „Selbst um diesen, nach unseren Vorstellungen keinesfalls ausreichenden sozialpolitischen Fortschritt mußte gerade von unserer Organisation unter Aufwand erheblicher finanzieller Mittel gerungen werden.“

Neben den Ausgaben für Arbeitskämpfe haben sich insbesondere die Ausgaben für das Bildungswesen sowie

die für Agitation und Werbung erhöht. Albert Kern wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich der Mitgliederstand der IG Metall in den Jahren 1956/57 um mehr als 200 000 erhöht hat. Die Steigerung der erzielten Neuaufnahmen läßt nach seinen Worten den Schluß zu, daß der IG Metall eine große Werkkraft und Aktivität eigen ist.

In der Erhöhung der Ausgaben der IG Metall für die Kranken-, Invaliden-, Notlage- und Sterbefallunterstützungen zeige sich in verstärktem Maße die solidarische Hilfe der Organisation. Mit Genugtuung könne festgestellt werden, daß die IG Metall in der Lage war, einer sehr großen Anzahl ihrer Kolleginnen und Kollegen und deren Familien in der schwersten Not beizustehen. Das sei auch der alleinige Zweck des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens.

Mit Befriedigung, so erklärte Albert Kern in seinen weiteren Ausführungen, könne er von einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Gemeinwirtschaftsbanken berichten.

Gleichberechtigung im Handwerk

Einstimmig billigten die Delegierten auch folgende Forderungen für das Handwerk: Paritätische Mitbestimmung aller Arbeitnehmer des Handwerks in den Handwerkskammern; gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer in den übergeordneten Handwerkskammervereinigungen und in den Gewerbeförderungsausschüssen; eine Bestimmung, daß der erste Vertreter des Handwerkskammerpräsidenten ein Arbeitnehmervertreter sein muß; Beseitigung des öffentlich-rechtlichen Charakters der Innungen, da diese lediglich Interessenorganisationen sind.

Vertrauenskörper haben sich bewährt

Der Klassenkampf von oben sei heute schärfer und spürbarer denn je, führte Koll. Fritz Strothmann aus. Er werde zum Teil noch mit alten, überwiegend aber mit neuen und raffinierteren Methoden geführt. Daher seien starke Gewerkschaften zur Verteidigung der Rechte der Arbeiterschaft und zum Angriff auf die beherrschenden Machtgruppierungen der Unternehmer nötiger denn je. Die Hauptwurzel und der Nährboden der Gewerkschaft liege im



Vertreter von Metallgewerkschaften aus 13 Staaten unterstrichen auf dem Gewerkschaftstag die internationale Solidarität der Arbeitnehmerschaft.

Betrieb. Dort vollziehe sich die ständige Konfrontierung mit dem Unternehmer. Das Betriebsverfassungsgesetz stellt nach den Worten Fritz Strothmanns eine durch die Gewerkschaften erwungene, aber weitgehend unzureichende Demokratisierungseinrichtung der Betriebe dar. Dieser Tatsache müßten die Gewerkschaften Rechnung tragen. Es werde hier deutlich, daß der Betriebsrat keine soziale Macht darstelle. Nach 6jährigen Erfahrungen mit dem Betriebsverfassungsgesetz müsse heute gesagt werden, daß sich all die phrasenhaften Worte von Regierungsvertretern und Unternehmern über eine gerechte und wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer als Zehnprellerei entlarvt hätten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies das für Betriebsräte- und Vertrauensleute-Fragen zuständige Vorstandsmitglied darauf hin, daß sich bei den letzten Betriebsratswahlen die Kandidaten der IG Metall glänzend behauptet haben. Es habe sich erwiesen, daß die Vertrauenskörper zu gewerkschaftlich stabilisierenden Faktoren herangewachsen sind. Eine wichtige Aufgabe der IG Metall in den kommenden Monaten sei die Erhöhung der Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder. „Unsere Arbeit“, so erklärte Fritz Strothmann abschließend, „steht nicht im Dienste der Organisation, sondern im Dienste der schaffenden Menschen und der Gestaltung der Zukunft.“

Schach der Unternehmerpropaganda!

In wachsendem Maße beanspruchten zur Zeit Sprecher des Unternehmertums als Ergebnis der sozialen und politischen Umschichtung in der Bundesrepublik die Führungsrolle im Staat. Das sei nichts anderes als die ideologische Verbrämung der Forderung, das gesamte staatliche und politische Leben an den Interessen einer kleinen sozialen Schicht zu orientieren und diese Interessen zum Maßstab aller Dinge zu machen. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftspresse und der gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit, diesen Be-

strebungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Das unterstrich Vorstandsmitglied Koll. Kuno Brandel im Geschäftsbericht der Abteilung Presse - Film - Werbung.

Kuno Brandel berichtete über die vielfältigen Anstrengungen der IG Metall, das Gedankengut und die aktuellen Stellungnahmen der Gewerkschaftsbewegung in die Arbeitnehmerschaft und die gesamte Öffentlichkeit zu tragen. Neben den für das Bundesgebiet herausgegebenen zentralen Publikationen komme dabei den lokalen und betrieblichen Blättern der IG Metall eine besonders große Bedeutung zu. Es sei von größter Wichtigkeit, die gewerkschaftliche Publizistik noch mehr als bisher auf betriebliche Belange auszurichten. Das treffe vor allem bei einer betriebsnäheren Tarifpolitik zu.

Mit der Linie und der Zielsetzung vieler deutscher Werkzeiteilungen setzte sich Brandel kritisch auseinander. Wenn die Gewerkschaften sich mit allem Nachdruck gegen die Meinungsmache der Werkzeiteilungen wehrten, so geschehe das nicht nur, um der falschen Beeinflussung in der Öffentlichkeit über die Ursachen von Preissteigerungen oder die Wirkung von Arbeitszeitverkürzungen zu begegnen. „Wir tun das vielmehr auch im Interesse der Demokratie.“

Zur Gestaltung der deutschen Gewerkschaftspresse führte Brandel aus: „Die gesamte Presse Deutschlands war während der letzten Jahre mannigfachen Wandlungen unterworfen. Auch die Gewerkschaftspresse ist von solcher Notwendigkeit nicht ausgenommen, sie muß ihr ebenso Rechnung tragen, sie muß ebenso Anreiz zum Lesen bieten.“

Kampf jeder Diktatur

In einer vom Vorstand vorgelegten Entschliebung bekennt sich die IG Metall zu der Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung Deutschlands vom 1. Mai 1957. Für die IG Metall bedeutet das, so heißt es in der Entschliebung, verstärkte Aktivität zum Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie in der Bundesrepublik als überzeugende Alternative zum diktatorischen Regime der „DDR“, das die Wiedervereinigung Deutschlands verhindert; konsequenter Kampf gegen alle neonazistischen und autoritären Tendenzen, gegen die Infiltration von Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und kulturellen Institutionen durch Helfer und Nutznießer des Dritten Reiches. Offensive Abwehr aller Versuche des FDGB und anderer kommunistisch gelenkter Organisationen und Kreise, die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

304000 Jugendliche in der IG Metall

Die Rationalisierung und die Technisierung der Büros nehmen, wie das Vorstandsmitglied Kollege Heinz Dürrbeck in seinem Geschäftsbericht „Angestellte — Jugend“ erklärte, immer größere Ausmaße an. Der traditionelle Nimbus der Angestelltenarbeit als besondere geistige Tätigkeit habe in weiten Bereichen einen ziemlichen Stoß bekommen. Das werde nicht nur durch die praktischen Erfahrungen der IG Metall, sondern auch durch die Ergebnisse sorgfältiger wissenschaftlicher Untersuchungen bewiesen. Je nach Größe und Branche der organisierten Betriebe übten heute zwischen 20 und 70 Prozent der Angestellten eine mehr oder weniger mechanische Tätigkeit aus.

Nach den Worten Heinz Dürrbecks wirken diese Faktoren zusammen, um die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten abzubauen. „Die industrielle und gesellschaftliche Entwicklung gibt also dem weitsichtigen Industriegewerkschaftsprinzip und damit der gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessenvertretung von Angestellten und Arbeitern in jeder Weise recht.“

Mit der Schaffung einer einheitlichen Organisation aller Arbeitnehmer und der gemeinschaftlichen Vertretung der Interessen von Arbeitern wie von Angestellten habe die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945 zwei entscheidende Fortschritte errungen. Wer den Arbeitern und Angestellten diese Errungenschaften streitig machen wolle, werde ein Opfer seiner Illusionen werden.

Besondere Aufmerksamkeit aller Organe der IG Metall findet nach den Worten Heinz Dürrbecks die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Auf diesem Gebiet seien beachtliche Erfolge erzielt worden. Die IG Metall zählte Ende April dieses Jahres 304 000 jugendliche Mitglieder. Im gleichen Zeitraum 1953 wa-

ren es 211 000. Nie zuvor in der Geschichte der IG Metall und der Metallarbeiterverbände vor 1933 sei ein so hoher Prozentsatz von Jugendlichen organisiert gewesen.

Auf Ausbildungs- und Bildungsprobleme eingehend, forderte Kollege Dürrbeck eine Verlängerung der Grundschulzeit und ein neues Berufsausbildungsgesetz.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

„In der Bundesrepublik ist jeder dritte Arbeitnehmer eine Frau. Im Arbeits- und Wirtschaftsleben spielt die erwerbstätige Frau eine immer wichtigere Rolle und naturgemäß nimmt damit auch die gewerkschaftliche Frauenarbeit an Bedeutung zu.“ Mit dieser Feststellung leitete Vorstandsmitglied Kollege Fritz Biggeleben seinen Geschäftsbericht über die Frauenarbeit ein. Er hob in seinem Referat hervor, daß der gewerkschaftliche Kampf für die Arbeitszeitverkürzung gerade für die berufstätige Frau von besonderer Wichtigkeit sei. „Von jeder Arbeitszeitverkürzung profitiert die erwerbstätige Frau am meisten, denn sie ist ja doppelt belastet. Sie muß ja noch neben der Erwerbstätigkeit ihre hauswirtschaftlichen Aufgaben und hausfraulichen Pflichten erfüllen. Das Ziel einer 40stündigen Arbeitswoche muß gerade aus der Sicht der erwerbstätigen Frau als eine Kardinalaufgabe gewerkschaftlichen Ringens und Kampfes bezeichnet werden, und nicht weniger das Ziel des DGB-Aktionsprogramms „Verlängerter Urlaub und ausreichendes Urlaubsgeld“. Eine weitere Aufgabe für uns als IG Metall besteht darin, in der Frage der Frauenentlohnung im Sinne des Grundsatzes, gleicher



Diese Delegierten kamen aus West-Berlin nach Nürnberg

Betriebsnahe Tarifpolitik ist notwendig

Die fortschreitende Rationalisierung und die zunehmende Automatisierung zwingen die Gewerkschaften, nicht nur den Inhalt der Lohnbestimmungen zu ändern, sondern auch den bisherigen Geltungsbereich der Tarifverträge einer Überprüfung zu unterziehen, erklärte Vorstandsmitglied Kollege Fritz Salm als Leiter der Tarifabteilung.

Tarifvertraglich sei die IG Metall in der Lage, zum Ende dieses Jahres die Lohnabkommen in den einzelnen Bezirken zu kündigen. Dann sei es durchaus möglich, dem Ziele näherzukommen, betriebsnahe Tarifverträge zu schaffen. Die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Tarifverträge resultiere nämlich zu einem erheblichen Teil aus ihrem weiträumigen Geltungsbereich. Sie richteten sich in der Regel nach den wirtschaftlich schwächeren Betrieben. Die Spanne zwischen den tariflichen Bestimmungen und den betrieblichen Verhältnissen sei daher sehr groß. Die IG Metall müsse nun alle Kräfte zusammenfassen, um die Frage betriebsnaher Tarifverträge aus

der Sphäre der Diskussion in die Praxis umzusetzen.

Die Aktivität der IG Metall auf dem Gebiet der Tarifpolitik habe nicht nur die volle Zustimmung aller Mitglieder, sondern auch die Anerkennung aller anderen Gewerkschaften gefunden. Andererseits hätten jedoch die Erfolge der IG Metall auch mächtige Gegner auf den Plan gerufen.

Als wichtigste Erfolge der Tarifpolitik der IG Metall bezeichnete Fritz Salm die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden mit vollem Lohnausgleich sowie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die als Folge des Streiks in Schleswig-Holstein erreicht wurde. „Wenn es auch noch großer Kraftanstrengung bedarf“, betonte Kollege Salm, „um unsere Ziele völlig zu erreichen, so haben wir doch durch zähe Verhandlungen und lange Auseinandersetzungen wichtige Punkte unseres Aktionsprogramms der Verwirklichung nähergebracht.“

Für eine fortschrittliche Sozialreform

„Die Sozialpolitik stellt einen unlösbaren Bestandteil der gesamten Gewerkschaftspolitik dar.“ Das führte Vorstandsmitglied Kollege Karl Deibicht vor den Delegierten aus. Die IG Metall erkenne es als ihre besondere Verpflichtung an, nicht nur auf dem Gebiete der Tarifpolitik, sondern auch auf dem sozialpolitischen Sektor als Motor zu wirken. Wie ernst es gerade der IG Metall mit ihren sozialpolitischen Forderungen sei und wie sehr diese auch von jedem einzelnen Mitglied unterstützt werden, habe der große Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein gezeigt.

Kollege Deibicht kritisierte, daß bis heute noch immer die große umfassende

Sozialreform auf sich warten lasse. Die in den letzten Jahren erzielten sozialpolitischen Fortschritte hätten zwar manche Verbesserungen gebracht. Das dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch manche wichtigen sozialpolitischen Forderungen der Arbeitnehmerschaft unerfüllt seien. Mit Nachdruck müsse eine stete Verbesserung der Unfallschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz gefordert werden. „Allein in der Metallindustrie und im Metallhandwerk werden jährlich etwa 650 000 Arbeitnehmer von einem meldepflichtigen Unfall betroffen, also fast jeder Fünfte.“

In seinem Bericht über die gewerkschaftliche Aktivität im Metallhandwerk wandte sich Karl Deibicht vor allem gegen die Überbewertung des Handwerks als einer tragenden Säule des Mittelstandes. „Wir haben gar nichts dagegen, wenn man die Bedeutung der mittleren und kleineren Betriebe in der modernen Wirtschaft anerkennt, denn wir sind ebenfalls der Meinung, daß beispielsweise der größte Teil der Metallhandwerker auch in der industriellen Gesellschaft eine Aufgabe zu erfüllen hat. Es ist aber unsere Pflicht, nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß die Abhängigkeit der Arbeitnehmer gerade in diesen Betrieben oft sehr viel größer ist als in den Großbetrieben der Industrie.“

Selbstverwaltung der Innungskrankenkassen

Eine weitere Entschliebung beschäftigt sich mit der Selbstverwaltung bei den Innungskrankenkassen des Handwerks. Darin wird gefordert, den vor dem 13. August 1952 bestehenden Rechtszustand wieder herzustellen und alle von der Neugründung einer Innungskrankenkasse betroffenen Arbeitnehmer an der Willensbildung gleichberechtigt und direkt zu beteiligen.

Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Fortschritt

Otto Brenner hielt das Grundsatzreferat des 5. Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall in Nürnberg

In der Bundesrepublik sind die objektiven Voraussetzungen für soziale Sicherheit aller Menschen dank des hohen Standes unserer Technik und einer großen Produktionskapazität gegeben. Es liegt vor allem an den Gewerkschaften, durch verkürzte Arbeitszeit, längeren Urlaub, durch Schutz bei Krankheit und durch höhere Löhne und Gehälter die sozialen Voraussetzungen für eine gerechte Gesellschaftsordnung zu schaffen. Mit diesen Worten umriß der Erste Vorsitzende der IG Metall, Koll. Otto Brenner, in seinem großen Grundsatzreferat „Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Fortschritt“ die aktuellen gewerkschaftlichen Aufgaben.

Ausgehend von einer kurzen Analyse des jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterschaft um soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung betonte unser 1. Vorsitzender, die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung lehrten, daß der wirtschaftliche Befreiungskampf der arbeitenden Menschen mit dem Kampf um politische Rechte aufs engste verknüpft ist. „Denn

Wirtschaft und Politik sind in der modernen Industriegesellschaft voneinander nicht zu trennen.“

In der Bundesrepublik zeige sich in den letzten Jahren die wachsende Macht des Kapitals darin, daß die Verfassung zwar formell gewahrt bleibe, daß aber die politischen Gewichte immer stärker in Richtung auf eine obrigkeitstaatliche Einschränkung der demokratischen Selbstbestimmung verschoben würden. Die Gewerkschaften könnten dieser Entwicklung gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Die Erhaltung der politischen Demokratie und ihr Ausbau sei Vorbedingung für Existenz und Wirken unabhängiger Arbeitnehmerorganisationen. „Darum müssen die Gewerkschaften aktiv sein und die Demokratie verteidigen.“ Sie müßten vor allem entschlossen jeden Angriff auf ihre Rechte mit allem Nachdruck abwehren. Das gelte vor allem für das Streikrecht. „Streikrecht und Demokratie gehören zusammen. Nur in den totalitären Ländern ist das Streikrecht abgeschafft.“

Hierzu gehörten vor allem Schule und Erziehungswesen, Berufsausbildung, Jugendfürsorge und Jugendschutz sowie der gesamte Komplex einer zeitgemäßen, ausreichenden Alters-, Kranken- und Unfallversicherung. „Auf allen diesen Gebieten, nicht nur in der Entlohnung, erweist sich, daß die gesellschaftliche Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen noch längst nicht erreicht ist. Die Wurzel der Ungleichheit liegt vielmehr im einseitigen Besitz der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.“

Der Vorsitzende der IG Metall unterstrich in diesem Zusammenhang, daß die Grundgedanken des Münchener Programms des DGB von 1949 nach wie vor verpflichtend seien. Die IG Metall erstrebe eine Neuordnung in den ausschlaggebenden Bereichen der Wirtschaft, die Ausweitung des betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes sowie eine Wirtschaftspolitik auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Planung. Auf das Grundsatzprogramm eingehend erklärte Brenner: „Es ist deutlich darin ausgesprochen, daß zur Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft die Überführung von Schlüssel- und Grundstoffindustrien in Gemeineigentum gehört. Erst mit der Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in diesem ausschlaggebenden Bereich der Wirtschaft wären die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die entscheidenden Kommandopositionen im gesellschaftlichen und nicht mehr im privaten Interesse einiger Großaktionäre und Manager gesteuert werden.“

Scharf wandte sich Otto Brenner gegen die Behauptung, eine Erweiterung der Mitbestimmung führe zum Gewerkschaftsstaat: „Der sogenannte Gewerk-



Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Kollege Otto Brenner.

Einheitsgewerkschaft hat sich durchgesetzt

Brenner setzte sich mit den Bestrebungen auseinander, die Gewerkschaftsbewegung wieder — wie vor 1933 — zu spalten. „Es gibt keinen Weg zurück zur Richtungsgewerkschaft. Einzig und allein die unabhängige Einheitsgewerkschaft entspricht unserer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage. Sie hat sich durchgesetzt und wird ohne jeden Zweifel weiter ihren Weg machen.“ Eine politische Neutralität — so wie sie vor allem von der CDU gefordert wird — könne es für die Gewerkschaften nicht geben. Dies bedeute in der Konsequenz die Degradierung der Gewerkschaften und des DGB zu einer von der Bundesregierung dirigierten und abhängigen Organisation.

Der Gewerkschaftsvorsitzende unterstrich, die IG Metall sei nach wie vor von der Notwendigkeit überzeugt, den Kampf gegen die atomare Aufrüstung weiterzuführen. Sie werde dem Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ weiterhin ihre volle Unterstützung geben. Sie werde die Völker und Regierungen unermüdlich auf die schrecklichen Folgen der Verwendung von Atomwaffen hinweisen und sich stets bemühen, für eine friedliche Lösung dieses alles überschattenden Problems einzusetzen. Eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr würde auf Grund der weittragenden Folgen nicht nur den weiteren sozialen Fortschritt unmöglich machen, sondern auch das bisher schon Erreichte wieder aufs Spiel setzen.

„Die Jahre der Konjunktur haben in der Bundesrepublik ein äußeres Bild

geschaffen, eine Fassade, die Wohlstand, Sättigung und allgemeine Zufriedenheit vortäuscht. Doch dieses äußere Bild wird unwahr, sobald man dahinter blickt. Fragen wir nur die Millionen von Rentnern, Arbeitsunfähigen, Kriegsopfern — soweit sie nicht das Glück hatten, mit einem hohen Nazifunktionär verwandt zu sein — wie viel ihnen das Wirtschaftswunder bisher eingetragen hat. Fragen wir die Arbeiter und Angestellten, ob sie alle von ihrem Verdienst Autos kaufen und Italienreisen machen, was ja heutzutage angeblich schon jeder kann“, führte Brenner weiter aus. Auch heute noch gäbe es in der Bundesrepublik eine Klassengesellschaft mit ihren sozialen Gegensätzen und Ungerechtigkeiten, dem Luxus und der Macht weniger Menschen auf der einen Seite, der bescheidenen Existenz und der wirtschaftlichen Abhängigkeit für die breiten Schichten des Volkes auf der anderen.

Koll. Brenner hob in diesem Zusammenhang besonders die noch stetig zunehmenden Konzentrationstendenzen in der westdeutschen Wirtschaft hervor. Sie machten sich vor allem in der Metallindustrie nur allzu deutlich bemerkbar. Infolge der zunehmenden Mechanisierung und Automatisierung werde die Tendenz zum Großbetrieb in den nächsten Jahren noch wachsen.

Für die Gesamtheit der in der Bundesrepublik lebenden Menschen sei die soziale Frage heute bei weitem noch nicht gelöst. Entscheidende Gebiete des gesellschaftlichen Lebens seien bisher auf das Größlichste vernachlässigt worden.

Für ein Leben ohne Furcht und Not

Als grandiose Verschleuderung des Volksvermögens bezeichnete der Vorsitzende der IG Metall den von der Bundesregierung geplanten Verkauf der Howaldtswerke Hamburg und anderer Bundesbetriebe. Alle Privatisierungsbestrebungen gingen offensichtlich ausschließlich auf politische Überlegungen zurück. Man wolle die Illusion vom Volkskapitalismus nähren und gleichzeitig dem Großkapital als Dank für geleistete Hilfe die rentablen Teile des Bundesvermögens zuschanzen. „Wir wenden uns mit aller Schärfe gegen diese Ausverkaufsabsichten! Die Privatisierung der Bundesbetriebe geht letzten Endes zu Lasten der Steuerzahler, sie beeinträchtigt auch die Sicherheit der Arbeitsplätze in den betreffenden Betrieben. Und außerdem begibt sich hier der Staat ohne Not der Mög-

lichkeit, diese großen Industriebetriebe als wirksame Instrumente einer aktiven Wirtschafts-, Preis-, Investitions- und Sozialpolitik einzusetzen.“

Auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und in der Welt eingehend, erklärte Brenner, daß wir in der Bundesrepublik heute zwar nicht vor einer Wirtschaftskrise, wohl aber vor einer Krise der Wirtschaftspolitik stünden. Aufgabe der Gewerkschaften sei eine maximale Steigerung des Lebensstandards. „Das bedeutet für uns in erster Linie Beibehaltung unserer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik zur Stärkung der Massenkaufkraft als Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftsentwicklung.“

Erschwert werde der Kampf um die soziale Sicherheit und den gesellschaftlichen Fortschritt in der Bundesrepublik durch die Verhältnisse in der Sowjetzone. Die Lage in der Sowjetzone widerspreche allem, was die Arbeitnehmer und die freien Gewerkschaften erstreben und wofür sie kämpfen. „Solange sich die Verhältnisse in der Zone nicht ändern, sind wir verpflichtet, die Interessen der arbeitenden Menschen dort wahrzunehmen. Alle unsere Überlegungen und alle unsere Maßnahmen müssen darauf abgestellt werden, den Menschen zu helfen, sie zu unterstützen, wo und wie es nur geht.“

Genau wie gegen die Machthaber in der sogenannten DDR müßten die Gewerkschaften jedoch auch gegen die schleichende Machtübernahme in der Bundesrepublik durch die Kräfte von gestern auftreten. Gerade in der letzten Zeit sei erschreckend deutlich zu erkennen gewesen, wie weit die Durchdringung des gesamten öffentlichen Lebens, der Ärzteschaft und der Justiz mit Schergen und Dienern des „Dritten Reiches“ gediehen sei. Mit der Forderung nach Achtung vor der Würde des arbeitenden Menschen, vor seinen sozialen Rechten und seinem Anspruch auf ein Leben ohne Furcht und Not schloß der Vorsitzende der IG Metall seine Ausführungen.



Blick auf die Reihe der Ehrengäste, darunter Prof. Wilhelm Hoegner, den früheren Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Bayern, Lorenz Hagen und Dr. Heinz Potthoff, Mitglied der Hohen Behörde.

Die Diskussion - Spiegelbild des Gewerkschaftslebens

Die lebhaft geführte Diskussion der Delegierten des 5. Gewerkschaftstages der IG Metall umfaßte das weite Gebiet des gewerkschaftlichen Ringens um die soziale Besserstellung der Arbeitnehmerschaft. Grundlage der Aussprache waren die Geschäftsberichte des Vorstandes, das Grundsatzreferat Otto Brenners und die aus der Mitgliedschaft an den Gewerkschaftstag gerichteten Anträge sowie die vorgelegten Entschlüsse.

„Wir haben es heute mit einem sich zunehmend versteifenden Widerstand der Unternehmer gegen die berechtigten Interessen und Forderungen der Arbeitnehmerschaft zu tun“, erklärte u. a. Kollege Adolf Strade aus Hamburg. Daher sei eine weitere Intensivierung und auch Koordinierung der gewerkschaftlichen Aktivität dringend notwendig. Eine Neuaufgabe der Arbeitsgemeinschaftspolitik zwischen Gewerkschaften und Unternehmern — wie es sie für kurze Zeit nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland gab — müsse entschieden abgelehnt werden.

Gegen die Bestrebungen außerhalb der Gewerkschaften stehender Kräfte, auf innergewerkschaftliche Angelegenheiten Einfluß zu gewinnen, wandte sich mit scharfen Worten Kollegin Hilde Döhling (Salzgitter). Ziel dieser Anstrengungen sei nicht zuletzt, die Gewerkschaften bei der wirkungsvollen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen zu hemmen und zu hindern. „Politische Entscheidungen beeinflussen weitgehend heute wie früher den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften dürfen daher — wenn sie den ihnen von den Mitgliedern erteilten Auftrag erfüllen wollen — auch zu diesen Problemen nicht schweigen.“

Lohnfortzahlung

Mit scharfen Worten wandte sich der Stuttgarter Delegierte Rolf Schwelnus gegen die Verleumdungen der Arbeiter nach Inkrafttreten des Lohnfortzahlungsgesetzes. Nach seinen Erfahrungen könne von einer Ausnutzung des Lohnausgleiches auf keinen Fall gesprochen werden. Wenn die Betriebe, so erklärte der Delegierte, die ganze soziale Fürsorge für den Arbeiter zu übernehmen hätten, dann würden sie sich wahrscheinlich auch endlich einmal Gedanken darüber machen, wie die Arbeitskraft erhalten bleibe.

Als berechtigt und notwendig bezeichnete Kollege Claus Wagner (Salzgitter) die Stellungnahme der Zeitung METALL zu der Massenflucht der Intelligenz aus der Sowjetzone und die Anprangerung der Ausbeutungsmethoden im Ulbricht-Staat.

Die Stoßrichtung der bisherigen Tarifpolitik der IG Metall wurde von dem Delegierten Hans Rehahn (Hagen) begrüßt. Als Kernproblem der künftigen Tarifpolitik bezeichnete er die Schaffung betriebsnaher Tarifverträge. Die neuen Methoden der Lohnfindung verlangten nach neuen Methoden der Lohnpolitik.

Der neue Vorstand der IG Metall

Nach den auf dem Gewerkschaftstag in Nürnberg vorgenommenen Wahlen setzt sich der Vorstand der IG Metall für die nächsten 2 Jahre aus folgenden Kollegen zusammen:

Otto Brenner	1. Vorsitzender
Alois Wöhrle	2. Vorsitzender
Ernst Striefler	Hauptkassierer
Fritz Strothmann	Vorstandsmitglied
Heinz Dürrbeck	Vorstandsmitglied
Kuno Brandel	Vorstandsmitglied
Fritz Biggelen	Vorstandsmitglied
Fritz Salm	Vorstandsmitglied
Karl Deibicht	Vorstandsmitglied
Margarete Traeder	Vorstandsmitglied

sowie den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern:

Meta Rothe	Bochum
Heinz Troche	Dortmund
Peter Eisenacher	Frankfurt/Main
Karl Laufer	Gießen
Wilhelm Büsman	Gevelsberg
Helmuth Jolk	Bremen
Emil Willumeit	Kiel
Heinrich Menius	Hannover
Willi Monschau	Köln
Alois Kottmar	München
Otto Kraus	Nürnberg
Erich Scheele	Bielefeld
Ernst Schäfer	Stuttgart
Wilhelm Schick	Schweningen
Erich Galle	Berlin

Gewerkschaftseinheit

Im Namen von Delegierten, die gleich ihm Mitglied der CDU sind, distanzierte sich Kollege Hans Peschen aus Neheim-Hüsten von den Ausführungen, die der Bundestagsabgeordnete Josef Arndgen als Vertreter der CDU anlässlich der Eröffnung des Gewerkschaftstages gemacht hatte, und die bei den Delegierten Mißbilligung ausgelöst hatten. Mit Leidenschaft setzte sich Peschen für die Wahrung der Gewerkschaftseinheit ein und wandte sich gegen alle Bestrebungen, die gewerkschaftlichen Rechte zu beschneiden. Das Recht, auch zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, dürfe den Gewerk-

Bessere Unfallversicherung

„Die Delegierten des Gewerkschaftstages stellen mit Empörung fest, daß der jetzt verabschiedete Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der gesetzlichen Unfallversicherung wesentliche Verschlechterungen gegenüber den vor der Bundestagswahl offiziell proklamierten Entwürfen enthält“, heißt es in einer anderen einstimmig angenommenen Entschlie-ßung. Für die Neuordnung werden gefordert: höhere Vollrenten als zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes; ausreichende Hinterbliebenenrenten und Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung bei Elternrenten; Rentengewährung ab einer Erwerbsminderung von 10 Prozent; Übernahme aller Unfallkosten durch die Unfallversicherung.

schaften niemand nehmen. Hans Peschen bedauerte auch im Namen vieler Arbeitnehmer, die sich der CDU verbunden fühlen, die Entwicklung dieser Partei während der letzten Jahre.

Von den Gewerkschaften politische Neutralität zu verlangen sei ein Unding. Sie könnten nur und müßten auch künftig politisch unabhängig sein. Dies erklärte der Karlsruher Delegierte Walter Pfirrmann in seinem Diskussionsbeitrag. Er setzte sich mit Nachdruck für eine verstärkte gewerkschaftliche Aktivität gegen alle Erscheinungsformen des Neofaschismus ein. Für die praktische Gewerkschaftsarbeit sei es unbedingt erforderlich, das Aktionsprogramm noch mehr als bisher zur Richtschnur allen Handelns zu machen. Die Arbeitnehmerschaft in den Betrieben stehe voll und ganz hinter dessen Forderungen und sei notfalls auch bereit, für deren Erfüllung zu streiken.

Für die Erarbeitung einer klaren gewerkschaftlichen Linie zum Problem der monatlichen Lohnzahlung auch für Arbeiter verwandte sich der Delegierte Josef Böngartz (Rheydt).

Sozialpolitik

„In den Betrieben werden heute — vielleicht im Gegensatz zu früheren Jahren — sozialpolitische Fragen eifrig und leidenschaftlich diskutiert“, erklärte der Kölner Delegierte und Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Wischnewski in seinem Diskussionsbeitrag. Bedauerlicherweise seien in der Sozialpolitik die Gewerkschaften während der letzten Jahre in eine Verteidigungsstellung gedrängt worden. Es sei unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaftsbewegung der sozialpolitischen Forderung in ihrer Tarifpolitik größeres Gewicht beimesse, wenn der Gesetzgeber auf diesem Gebiet versage. Mit scharfen Worten wandte sich Wischnewski gegen die geplante Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer an den Arzt- und Arzneikosten.

Der Delegierte Willi Wiese (Rendsburg) unterstrich die Ausführungen des Vorstandsmitgliedes Kuno Brandel über die Bedeutung der lokalen gewerkschaftlichen Blätter für die Aufklärungsarbeit der IG Metall. Ver-

stärkte Aufklärungsarbeit sei heute notwendiger denn je, besonders im Hinblick auf die Sowjetzone.

Mit scharfen Worten wandte sich der Lübecker Delegierte Erich Eltermann gegen die Terrormaßnahmen der kommunistischen Machthaber in der Ostzone. „Mit diesen Leuten“, rief Eltermann unter dem starken Beifall der Delegierten aus, „haben wir nichts zu tun und wollen wir nichts zu tun haben“. In seinen weiteren Ausführungen ging Eltermann auf den Streik in Schleswig-Holstein ein. Dieser Streik habe der Gewerkschaftsbewegung die wichtige Lehre gegeben, daß die Arbeitnehmerschaft in den Betrieben bereit sei zu kämpfen, wenn man ihr Klar-mache wofür.

Betriebsnahe Tarife

Kollege Karl Hauff (Stuttgart) setzte sich für betriebsnahe Tarifverträge ein. Ihr Abschluß sei besonders vordringlich im Zeichen der immer weitere Industriebereiche erfassenden Automation, die zu einem rapide wachsenden Arbeitstempo und einer erhöhten Nervenbelastung für die an automatisierten Arbeitsplätzen tätigen Menschen führe. Das bedinge vor allem auch die tarifliche Verankerung längerer Urlaubszeiten als bisher. „Nicht nur der Angestellte über 50 Jahre, sondern auch der Arbeiter gleichen Alters ist heute schon für viele Unternehmer nicht mehr interessant, weil er verbraucht ist.“

Die Arbeitnehmer Schleswig-Holsteins, so erklärte der Delegierte Helmut Nack (Kiel), seien empört über die Privatisierungsbestrebungen der Bundesregierung. Die Arbeiter Kiels hätten 1945 die Demontage der Howaldtswerke verhindert und die Werksanlagen für einen Wochenlohn wieder aufgebaut, der damals für knapp zehn Zigaretten reichte. Sie würden den Privatisierungsbestrebungen schärfsten Widerstand entgegensetzen.

„Die Lohnfrage ist die Existenzfrage des Arbeitnehmers. Sie ist der wichtigste Punkt der Auseinandersetzung und des Interessengegensatzes zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Einer sogenannten Versachlichung der Lohnpolitik muß daher mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, insbesondere da hiermit nur versucht werden soll, die Arbeiter und Angestellten von der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen abzuhalten.“ Das erklärte der Delegierte Eugen Burkart (Karlsruhe).

Kollegin Maria Lembken aus Duisburg setzte sich in ihrem Diskussionsbeitrag dafür ein, daß die Gewerkschaften der Frauenarbeit künftig noch größere Beachtung widmen. Den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern müßten darüber hinaus größere Möglichkeiten zur Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung eingeräumt werden.

Mitbestimmung

Als Ausgangspunkt für den weiteren Ausbau der Mitbestimmung müsse ihre derzeitige Form angesehen werden, betonte Kollege Willi Henne (Hagen). Das derzeitige Mitbestimmungsgesetz sei zwar nicht der Weisheit letzter Schluß. Es habe nicht verhindern können, daß an Rhein und Ruhr Feierschichten und Kurzarbeit eingeführt wurden, daß durch Abbau der Sozialleistungen der Lebensstandard der Arbeitnehmer verschlechtert wurde. Ohne diese Mitbestimmung — daran sei nicht zu zweifeln — wäre jedoch das Volumen der Feierschichten noch größer gewesen.

Kollege Karl Müller, ein Delegierter aus Rheinhausen, bat den Gewerkschaftstag um die Zustimmung zu einem Antrag, der die Förderung menschlicher Kontakte zwischen Jugendlichen der Bundesrepublik und der DDR vorsieht. Offizielle Kontakte mit dem FDGB und anderen Institutionen des Regimes in der DDR würden jedoch entschieden abgelehnt.

Die von verschiedenen Kreisen so stark propagierten Pläne, die Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln durch Kleinaktien usw. zu beteiligen, seien nicht nur ein raffiniertes Täuschungsmanöver, sondern — soweit sie sich auf Belegschaftsaktien beziehen — auch ein Versuch, die Mitbestimmung zu untergraben. Aus diesem Grunde müßten die Gewerkschaften auch scharf gegen Änderungen des Aktiengesetzes Stellung nehmen, die darauf abzielten, der Kapitaleite größere Rechte als bisher zu geben, erklärte der Duisburger Delegierte Hans Dauben.

Gewählt in den Geschäftsführenden Vorstand



Margarete Traeder

Kollegin Margarete Traeder, Leiterin der Abteilung Frauen, ist in Nürnberg zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied unserer Organisation gewählt worden.

Sie wurde am 10. September 1895 in Berlin als Tochter eines Werkmeisters geboren. Vor ihrer Verheiratung im Jahre 1916 im Haushalt und auf einem Gutshof tätig, sah sich Margarete Traeder nach Ende des ersten Weltkrieges vor die Notwendigkeit gestellt, allein für sich und ihr Kind zu sorgen. Mit der ihr eigenen Energie absolvierte sie auf einer Handelsschule eine umfassende kaufmännische Ausbildung und arbeitete danach in verschiedenen Betrieben der Berliner Metallindustrie als Angestellte. Hier fand sie auch früh den Weg zur Gewerkschaftsbewegung.

In den Jahren des Nazi-Regimes verfolgt, stellte sich Kollegin Traeder gleich nach 1945 in den Dienst der jungen deutschen Gewerkschaften. Seit 1946 als Sachbearbeiterin für Frauenfragen bei der IG Metall tätig, hatte sie maßgebenden Anteil an der Frauenarbeit unserer Organisation. Sie ist auch stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung.



Ernst Striefler

Neuer Hauptkassierer der IG Metall ist seit dem Nürnberger Gewerkschaftstag der bisherige Bezirksleiter in Hannover, Kollege Ernst Striefler. Er wurde am 20. Januar 1903 in Kiel geboren und erlernte das Schlosserhandwerk. Schon während seiner Lehrzeit fand er 1919 den Weg zur Jugendabteilung des DMV, in der er bald ehrenamtliche Funktionen, so des Beitragskassierers übernahm.

Nachdem Ernst Striefler 1945 als ehrenamtlicher Funktionär der IG Metall die Leitung der Sparte Heizungsmonteure bei der Verwaltungsstelle Hannover übernommen hatte und Mitglied der Ortsverwaltung geworden war, berief ihn 1947 das Vertrauen seiner Kollegen in die Funktion eines hauptamtlichen Sekretärs in der Verwaltungsstelle. Eines seiner Aufgabengebiete war hier die Führung der Kassengeschäfte. 1951 kam er als Sekretär in die Bezirksleitung Hannover, deren Geschäfte er nach der Berufung des Kollegen Alfred Dannenberg zum IMB zunächst kommissarisch und vom 1. Januar 1954 an als Bezirksleiter leitete.

Verdiente Gewerkschafter

Gewerkschaftstag ehrte die ausscheidenden Vorstandsmitglieder

Im Namen der Organisation dankte zum Abschluß des Gewerkschaftstages der Kollege Brenner den Vorstandsmitgliedern, die wegen Erreichung der Altersgrenze oder aus Gesundheitsrück-sichten aus dem Vorstand der IG Metall ausschieden. In bewegten Worten würdigte Otto Brenner die jahrzehnte-lange Arbeit der Kollegen Albert Kern, Heinrich Sträter, Fritz Loose, Anton Klaves und Ernst Klinkel für die arbei-tenden Menschen und ihre Tätigkeit als Mitglieder des Vorstandes unserer Ge-werkschaft.

Der Kollege Albert Kern ist seit fast 50 Jahren mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Bereits als sech-zehnjähriger Mechanikerlehrling schloß er sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. 1921 wurde er zum Jugend-leiter der Ortsverwaltung Stuttgart des DMV berufen. Ein Jahr später, im gro-ßen süddeutschen Metallarbeiterstreik, war er verantwortlicher Streikleiter des Bezirkes West. Bis zum Beginn der Nazidiktatur war Albert Kern Ge-schäftsführer des DMV in Stuttgart. Von den Nazis verfolgt, stand Albert Kern nach dem Ende des Krieges vom ersten Tage an wieder in der Reihe derer, die die freie, geeinte Gewerk-schaftsbewegung gründeten. Seit 1948 bekleidete Albert Kern die verantwor-tungsvolle Funktion des Hauptkassie-rers unserer Organisation.

Auch das Leben Heinrich Sträters stand im Dienste der Arbeiter-bewegung. Als Lokführer im Hörder Hüttenwerk kam er zum DMV, wurde Betriebsrat und später Geschäftsführer der Ortsverwaltung Dortmund-Hörde. Auch Heinrich Sträter hatte unter der Verfolgung durch die Nazis zu leiden. Seit 1951 gehörte er dem Vorstand un-serer Organisation an. Mit seinem Na-men ist der Ausbau der Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie unlös-bar verbunden.

Fritz Loose stand mehr als ein halbes Jahrhundert in den Reihen der Arbeiterbewegung. Er wurde 1904 Mit-glied des DMV, seit 1920 Betriebsrats-

vorsitzender. Nach 1945 wurde Kollege Loose 2. Bevollmächtigter in Dortmund, später 1. Bevollmächtigter und Mitglied des Vorstandes.

Der Kollege Klaves kam aus dem christlichen Metallarbeiterverband, dem er seit 1910 angehörte. Auch er wurde 1920 zum Betriebsratsmitglied gewählt und stand in der Nazizeit unter poli-tischer Bewachung. Seit 1948 ist Anton Klaves Mitglied des Vorstandes der IG Metall.

1918 gehörte Kollege Ernst Klin-kelel zu den Gründern der Ortsgruppe Lollar des DMV und war Bevollmäch-tigter dieser Verwaltungsstelle. Nach 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der neuen Gewerkschaftsbewegung in seinem Bereich. Er war Ortsverwal-tungsmitglied der Verwaltungsstelle Gießen und Vorsitzender des Betriebs-rates von Buderus.

Eine wichtige Satzungsänderung

In Nürnberg wurde Neuregelung der Krankenunterstützung ab 1. Januar 1959 beschlossen

Der sich immer mehr versteifende Wi-derstand der Arbeitgeber gegen die be-rechtigten Forderungen der Arbeitneh-merschaft drückt sich u. a. in der Steige-rung der Ausgaben unserer Organisation für Arbeitskämpfe aus. Dies erklärte der bisherige Hauptkassierer unserer Or-ganisation, Albert Kern. Daraus gelte es auch, finanzpolitische Schlüsse zu ziehen, da die Kampfkraft der Organisation nicht zuletzt auch von ihrer finanziellen Stärke abhängt.

Vor der IG Metall liegen, nach den Beschlüssen des 5. Gewerkschaftstages, große Aufgaben. Es gilt, den Zielen des Aktionsprogrammes, kürzere Arbeits-zeit, höhere Löhne und Gehälter, länge-ren Urlaub, kurz einem verbesserten Le-bensstandard für die Arbeitnehmer näher zu kommen. Die IG Metall wird ihre Kräfte in den nächsten Jahren dar-auf konzentrieren. Aus diesem Grund beschloß der 5. Gewerkschaftstag auch eine Änderung des § 15 der Satzung — nicht zuletzt aber auch aus den Überlegungen heraus, daß die solidarische Hilfe der Organi-sation vor allem jenem Teil der erkrankten Kollegen zuteil wer-den muß, der länger als 6 Wo-chen wegen Krankheit der Ar-beit fernbleiben muß. Durch die Satzungsänderung werden die gewerkschaftlichen Unterstüt-zungen bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit erhöht. Gleich-zeitig wurde die für den Bezug dieser Unterstützung vorgese-hene Wartezeit von bisher 7 Ta-gen auf 6 Wochen heraufgesetzt.

Der neue § 15 unserer Satzung sieht vor, daß Kollegen, die der IG Metall mindestens 52 Wochen angehören und für diese Zeit ihrer Beitragsklasse entspre-chende Beiträge gezahlt haben, Krankenunterstützung erhalten



Unsere beiden Kollegen Albert Kern und Heinrich Sträter werden auch weiter-hin regen Anteil am Geschick unserer IG Metall nehmen.

können. Die Wartezeit für den Bezug der gewerkschaftlichen Unterstützung wurde vom Gewerkschaftstag auf 42 Tage fest-gesetzt. Die Unterstützung wird in 62 aufeinanderfolgenden Wochen für höchs-tens 60 Tage gewährt. Für Mitglieder, die wegen einer Betriebszugehörigkeit unter 4 Wochen keinen Anspruch auf Leistung von Zuschüssen im Krankheits-falle von seiten ihrer Arbeitgeber haben,

beträgt die Wartezeit 7 Tage. In den Ge-nuß der erhöhten Leistungen kommen auch jene Kolleginnen und Kollegen, die auf Grund des mangelhaften Gesetzes von dem Lohnausgleich bei Krankheit durch den Arbeitgeber ausgeschlossen sind.

Die Krankenunterstützung beträgt in den einzelnen Beitragsstufen:

	für den Tag	für die Woche	für 10 Wochen
	DM	DM	DM
I. Beitragsstufe 0,60 DM			
von 53 bis 156 Wochen	0,60	3,60	36,—
von 157 bis 312 Wochen	0,90	5,40	54,—
über 312 Wochen	1,20	7,20	72,—
II. Beitragsstufe 0,80 DM			
von 53 bis 156 Wochen	0,80	4,80	48,—
von 157 bis 312 Wochen	1,—	6,—	60,—
von 313 bis 416 Wochen	1,20	7,20	72,—
von 417 bis 520 Wochen	1,40	8,40	84,—
über 520 Wochen	1,60	9,60	96,—
III. Beitragsstufe 1,— DM			
von 53 bis 156 Wochen	1,—	6,—	60,—
von 157 bis 312 Wochen	1,20	7,20	72,—
von 313 bis 416 Wochen	1,50	9,—	90,—
von 417 bis 520 Wochen	1,70	10,20	102,—
über 520 Wochen	2,—	12,—	120,—
IV. Beitragsstufe 1,20 DM			
von 53 bis 156 Wochen	1,20	7,20	72,—
von 157 bis 312 Wochen	1,50	9,—	90,—
von 313 bis 416 Wochen	1,80	10,80	108,—
von 417 bis 520 Wochen	2,10	12,60	126,—
über 520 Wochen	2,40	14,40	144,—
V. Beitragsstufe 1,40 DM			
von 53 bis 156 Wochen	1,40	8,40	84,—
von 157 bis 312 Wochen	1,70	10,20	102,—
von 313 bis 416 Wochen	2,10	12,60	126,—
von 417 bis 520 Wochen	2,40	14,40	144,—
über 520 Wochen	2,80	16,80	168,—
VI. Beitragsstufe 1,60 DM			
von 53 bis 156 Wochen	1,60	9,60	96,—
von 157 bis 312 Wochen	2,—	12,—	120,—
von 313 bis 416 Wochen	2,40	14,40	144,—
von 417 bis 520 Wochen	2,80	16,80	168,—
über 520 Wochen	3,20	19,20	192,—
VII. Beitragsstufe 1,80 DM			
von 53 bis 156 Wochen	1,80	10,80	108,—
von 157 bis 312 Wochen	2,20	13,20	132,—
von 313 bis 416 Wochen	2,70	16,20	162,—
von 417 bis 520 Wochen	3,10	18,60	186,—
über 520 Wochen	3,60	21,60	216,—

	für den Tag	für die Woche	für 10 Wochen
	DM	DM	DM
VIII. Beitragsstufe 2,— DM			
von 53 bis 156 Wochen	2,—	12,—	120,—
von 157 bis 312 Wochen	2,50	15,—	150,—
von 313 bis 416 Wochen	3,—	18,—	180,—
von 417 bis 520 Wochen	3,50	21,—	210,—
über 520 Wochen	4,—	24,—	240,—
IX. Beitragsstufe 2,20 DM			
von 53 bis 156 Wochen	2,20	13,20	132,—
von 157 bis 312 Wochen	2,70	16,20	162,—
von 313 bis 416 Wochen	3,30	19,80	198,—
von 417 bis 520 Wochen	3,80	22,80	228,—
über 520 Wochen	4,40	26,40	264,—
X. Beitragsstufe 2,50 DM			
von 53 bis 156 Wochen	2,50	15,—	150,—
von 157 bis 312 Wochen	3,10	18,60	186,—
von 313 bis 416 Wochen	3,70	22,20	222,—
von 417 bis 520 Wochen	4,30	25,80	258,—
über 520 Wochen	5,—	30,—	300,—
XI. Beitragsstufe 3,— DM			
von 53 bis 156 Wochen	3,—	18,—	180,—
von 157 bis 312 Wochen	3,70	22,20	222,—
von 313 bis 416 Wochen	4,50	27,—	270,—
von 417 bis 520 Wochen	5,20	31,20	312,—
über 520 Wochen	6,—	36,—	360,—
XII. Beitragsstufe 3,50 DM			
von 53 bis 156 Wochen	3,50	21,—	210,—
von 157 bis 312 Wochen	4,30	25,80	258,—
von 313 bis 416 Wochen	5,20	31,20	312,—
von 417 bis 520 Wochen	6,10	36,60	366,—
über 520 Wochen	7,—	42,—	420,—
XIII. Beitragsstufe 5,— DM			
von 53 bis 156 Wochen	5,—	30,—	300,—
von 157 bis 312 Wochen	6,20	37,20	372,—
von 313 bis 416 Wochen	7,50	45,—	450,—
von 417 bis 520 Wochen	8,70	52,20	522,—
über 520 Wochen	10,—	60,—	600,—
XIV. Beitragsstufe 7,— DM			
von 53 bis 156 Wochen	7,—	42,—	420,—
von 157 bis 312 Wochen	8,70	52,20	522,—
von 313 bis 416 Wochen	10,50	63,—	630,—
von 417 bis 520 Wochen	12,20	73,20	732,—
über 520 Wochen	14,—	84,—	840,—
Lehrlinge	0,20	0,40	2,40

Als Beispiel für die neue Regelung der gewerkschaftlichen Krankenunterstüt-zung folgender Fall: ein Verheirateter mit 2 Kindern ist 7 Wochen durch Krank-heit arbeitsunfähig. Als Bruttolohn wer-den 100 DM zugrunde gelegt. Der Kol-lege zahlt einen Wochenbeitrag von 2,20 DM. Seine Mitgliedsdauer beträgt 120 Wochen.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen erhält dieser Kollege in den ersten 6 Wochen seiner Krankheit ein Kran-kengeld und Lohnausgleich pro Woche 78,99 DM, also 90 Prozent seines Netto-lohnes. In der 7. Woche erhält er jedoch nur noch 50 Prozent seines Grundlohnes,

also 50 DM. Der Kollege erhält nunmehr jedoch dazu die gewerkschaftliche Krankenunterstützung in Höhe von 26,40 DM, dadurch kommt er auf 87 Pro-zent seines Nettolohnes auch nach Aus-laufen des gesetzlich festgelegten Lohn-ausgleiches.

Nach wie vor wird es eine dringliche Aufgabe der IG Metall sein, dafür zu sorgen, den Arbeiter im Krankheitsfalle vor der Not zu schützen. Das Ziel bleibt die volle soziale Gleichstellung des Ar-beiters mit dem Angestellten durch die Beseitigung der Ungerechtigkeiten in dem Gesetz zur Sicherung der wirt-schaftlichen Lage der Arbeiter im Krankheitsfalle.



Auf Tonbänder werden die Beratungen des Gewerkschaftstages übertragen (Bild oben). Im Pressebüro ticken Fernschreiber und Schreibmaschinen.

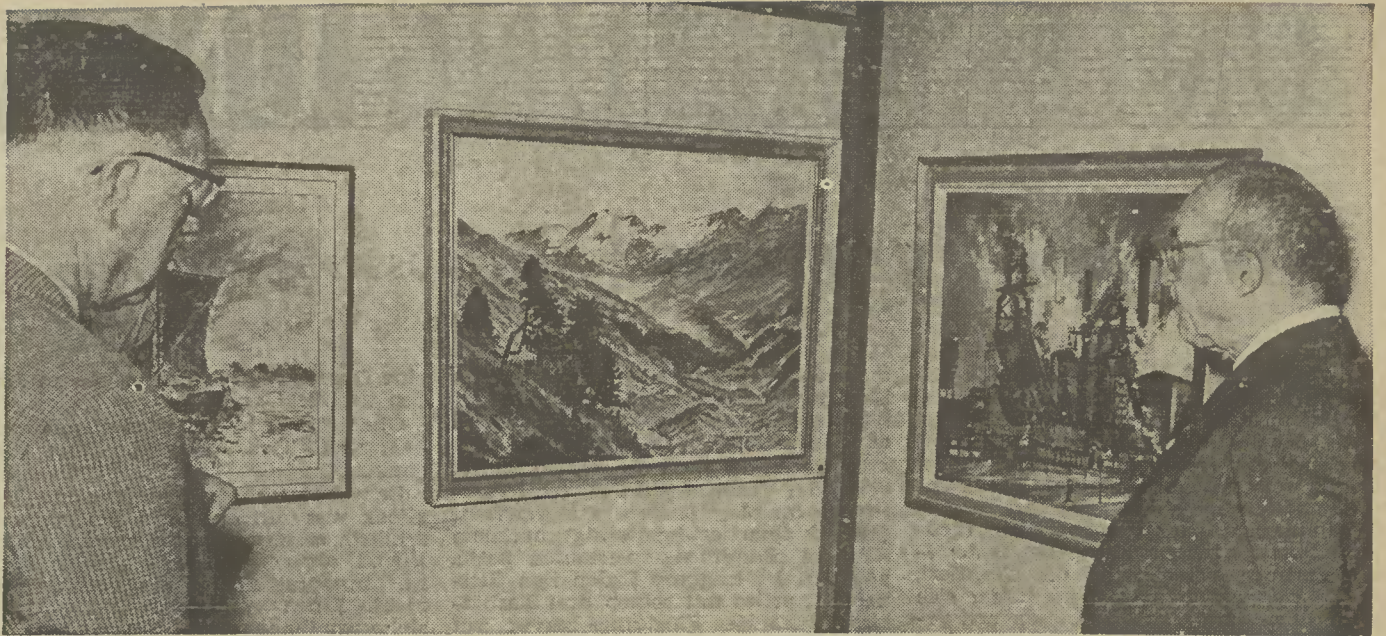
Hobby

Hunderte besuchen täglich

die IGM-Ausstellung

„Freie Zeit — Deine Zeit“

in Nürnberg



Tausende von Menschen aus nah und fern fanden in den letzten 14 Tagen den Weg nach der Bayerischen Landesgewerbeanstalt in Nürnberg. Sie alle besuchten die Ausstellung „Freie Zeit — Deine Zeit“, die seit dem Gewerkschaftstag hier von der Industriegewerkschaft Metall veranstaltet wird und noch bis zum 5. Oktober dauert. Die IG Metall greift damit erstmalig in dieser neuen und wirkungsvollen Form in die Diskussion um eine sinnvolle Verwendung der freien Zeit ein.

Außerordentlich interessant ist es nun, die Begegnung der Besucher, die aus allen Schichten und Altersstufen kommen, mit den gezeigten, wertvollen Dokumenten, mit den Bastelarbeiten oder mit den ausgestellten Bildern zu beobachten. Immer wieder hört man hier — sozusagen als höchstes Lob — die Meinung, die ausgestellten Arbeiten seien „genau so gut wie

für ihre Schönheiten besitzt auch der sechszwanzigjährige Tischler aus Österreich, der nur aus Weidenkätzchen, Baumrinden, Nußschalen usw. entzückende Tiergruppen bastelte.

Nicht weniger angesprochen werden die Besucher von den historischen Dokumenten und Berichten, die von den langen und entbehrungsreichen Kämpfen der Arbeitneh-

gen erzählen, als mit der verspäteten, aber deshalb um so rascher und brutaler durchgeführten Industrialisierung in Deutschland bittere soziale Not und drückendes Elend auf den arbeitenden Massen lastete.

Die Schüler wiederum erproben ihre Sprachkenntnisse an den französischen und holländischen Plakaten, die schon vor Jahrzehnten zum Kampf für den Achtstundentag aufriefen. Ein Rentner, der sich auf seinen Stock stützt und mit zitternder Hand die Brille hochgeschoben hält, liest von dem erfolgreichen einjährigen Streik, mit dem die Arbeiter der Braunkohlenbergwerke 1898 den Achtstundentag durchsetzten. War er vielleicht als Lehrling dabei gewesen? Vor den Bildern, auf denen verelendete, sich langweilende und verzweifelt in die Zukunft schauende Arbeiter zu sehen sind, bilden sich immer wieder Gruppen. Plötzlich fragt ein junger Berufsschüler: „Wie war denn das eigentlich mit der Arbeitslosigkeit?“ Einer, der sie leidend durchlebt hat, erinnert sich, wie weit und wie verschlungen der Weg bis zur 45- bzw. 44-Stunden-Woche war, und antwortet, erzählt. Ein anderer Jugendlicher unterbricht: „Mein Freund arbeitet in einem kleinen Betrieb. Er kommt abends oft spät nach Hause. Warum gibt es denn dort nicht die 45-Stunden-Woche?“ Ja, stumme Texte und Bilder bringen Menschen zum Sprechen.

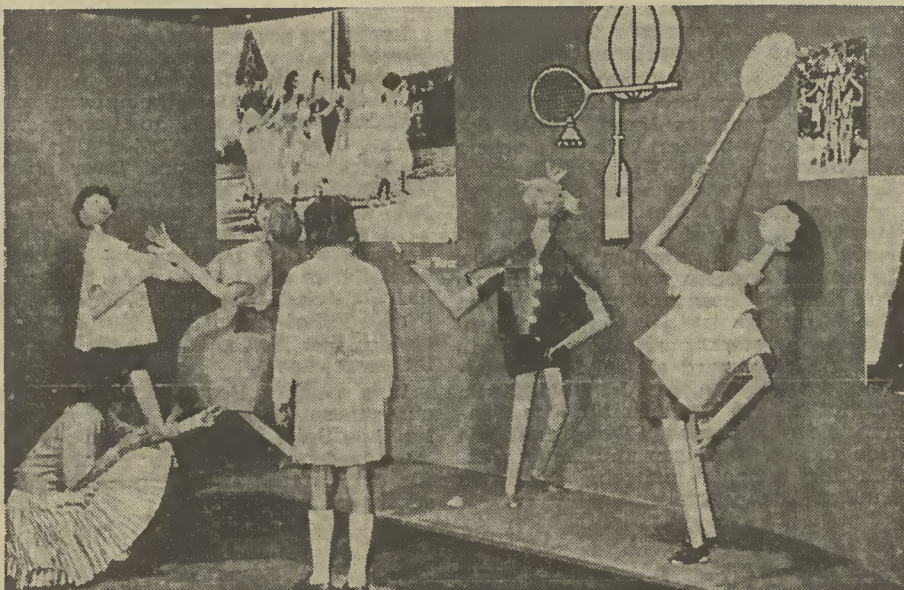
Lange steht eine junge Mutter vor einer Zusammenstellung von Tafeln, die am Ende der geschichtlichen Abteilung der Ausstellung noch einmal mahndend fragt, ob die kommende Automation einen Segen oder einen Fluch für die Menschen bedeutet, obgleich ihr kleiner, etwa fünfjähriger Junge sie schon lange an der Hand zu den Flugzeugen und Schiffsmode-

weiterzuziehen versucht. Woran mag sie gedacht haben?

Im Erdgeschoß der Landesgewerbeanstalt zu Nürnberg erhalten auch diejenigen Besucher, die nicht ausgesprochen schöpferisch und gestalterisch begabt sind, Anregungen, wie sie besseren Zugang zu den Meisterwerken der Kunst und der Literatur finden können und welche Möglichkeiten zur beruflichen und menschlichen Weiterbildung bestehen. Auf die Arbeit der Tanz- und Laienspielgruppen, die Erholung bei Sport und Spiel sowie auf die Freuden des Wanderns weisen große Tafeln hin. Einige Kurzfilme, die am Ende des Rundgangs gezeigt werden, verdeutlichen noch einmal die Zielsetzung dieser Ausstellung.

Urkunden oder Prämien erhält keiner, der hier ausstellt, auch der nicht, der ein wirklich wertvolles Gemälde vorgelegt hat. Die Jury hat bewußt nicht nur nach künstlerischen Werkmahstäben, sondern gerade auch Anfängerarbeiten und technisch-handwerklich noch nicht vollkommen durchgearbeitete Stücke ausgewählt. Die Ausstellung soll ja keine Musterschau sein, sondern wirklich die arbeitenden Menschen anregen, ihre freie Zeit zur Freude und Bereicherung der eigenen Persönlichkeitsbildung anzuwenden.

Immer wieder hört man in Nürnberg, gerade die Gewerkschaften sollten noch kühner und entschlossener neue Wege beschreiten. Dies meint wohl auch der achtundzwanzigjährige Maschinenschlosser, der an die Ausstellungsleitung schrieb: „Es tut vielleicht gerade in unserer Zeit not, daß die Gewerkschaften nicht nur die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter verfechten, obwohl das zweifellos ihre Hauptaufgabe ist, sondern neben der materiellen auch der geistig-künstlerischen Freiheit zum Siege verhelfen.“ h

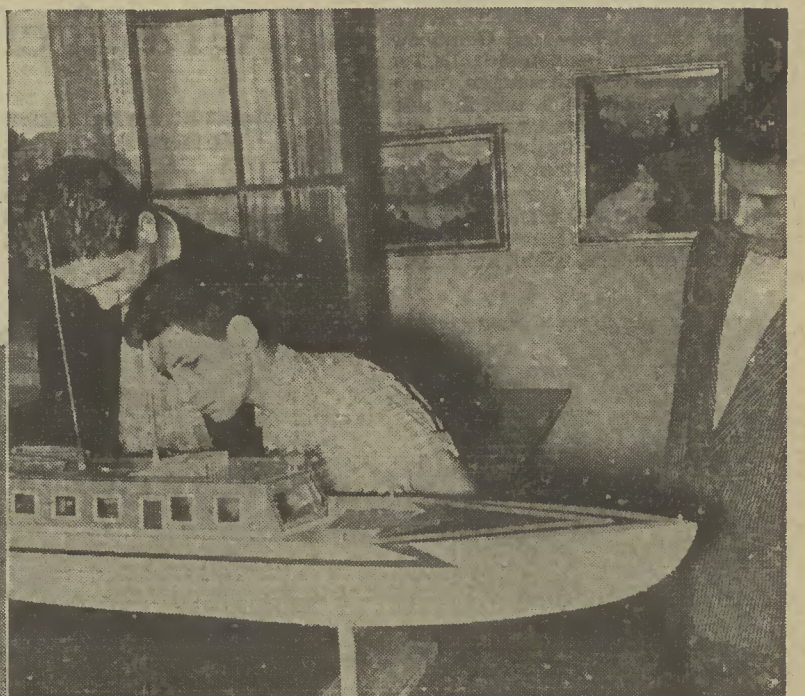


von Berufskünstlern“. Dabei stammen alle Ausstellungsstücke aus der Hand von arbeitenden Menschen, sind Ergebnis von deren Freizeitbeschäftigung. Den Besuchern werden durch modern gestaltete Bild- und Texttafeln am Eingang der Ausstellung die erhöhten Gefahren, die heute den arbeitenden Menschen bedrohen, sehr augenfällig veranschaulicht und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung begründet. „Mit der Verkürzung der Arbeitszeiten, die fast in jedem Falle erkämpft werden mußte, schufen die Gewerkschaften die erste Voraussetzung für eine Teilnahme der schaffenden Menschen an den kulturellen Gütern und dem kulturellen Leben ihrer Zeit überhaupt.“ Viele bestätigten am Ende ihres Rundgangs, daß ihnen jetzt die tiefere Bedeutung dieser Worte Böcklers erst richtig klargeworden sei.

Da kommen zur Mittagspause Frauen aus dem Betrieb, nur mit der Arbeitsschürze bekleidet, und unterhalten sich vor Landschaftsgemälden. Da sind Bilder, die von bekannten Vorlagen als Aquarell, Bleistiftskizze oder auch in Öl kopiert sind. Vor allem aber würdigen die zahlreichen Besucher die vielen Gemälde und Zeichnungen, die von einer echten Kunstaufrassung und technischem Können der Laienkünstler zeugen.

Zur gleichen Zeit gehen Angestellte in weißen Kitteln durch die Räume. Sie werden besonders von den herrlichen Fotos gefesselt, die zum Teil von einer Jugendgruppe der IG Metall aus Osnabrück aufgenommen wurden. Man lobt die Naturaufnahmen — fütternde Vögel zum Beispiel — die neben der nötigen Geduld auch Liebe zur Natur und zum Tier bedin-

gen und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, um bessere Lebensbedingungen zeugen. Etwas ungläubig betrachten einige Siebzehnjährige die Tafel, die berichtet, daß 1825 in verschiedenen deutschen Städten Kinder bis zu 14 Stunden täglich arbeiten mußten. Offensichtlich überrascht fragt einer: „Ja, wann sind die denn zur Schule gegangen?“ Andere wieder stehen vor den Tafeln, die von der Revolution im Jahre 1848 und dem folgenden schweren Ringen um menschliche Lebensbedin-



Kinder, Jugendliche und ältere Menschen — sie alle betrachten aufmerksam und mit gespanntem Interesse die eindrucksvolle Freizeitausstellung der IG Metall. Bilder, Bastelarbeiten, die historische Abteilung und die modern gestalteten Schautafeln bieten Anregung zu Gesprächen.